

**Wörter-Zeitung**  
15 Jahre  
Meyers Verlag

Erstausg. 1891. Preis: 10 Pf. Durch die Post bez. Anzeigenpreis: Raum 12 Pf., Vereinspreis: Die dreifache. 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telefon 580 39. Postfach 1020; Breslau 544, Rebellien; Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 288 87. Sprechzeit der Expeditionen: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gietow, Wilhelmstraße 25, Telefon 1008. — Berlin: Dönhofsplatz 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schöler, Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Reuba“ Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50

## Koalition mit Panzerkreuzer

### — und gegen Schulkinder-speisung!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 16. Juni.

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung aufzufordern, den Bau des im März dieses Jahres beschlossenen Panzerschiffes A nicht in Angriff zu nehmen, die im März dieses Jahres bewilligte erste Rate von neun Millionen Mark für Schulkinder zu verwenden und umgehend einen entsprechenden Ergänzungsetat vorzulegen.“

Die gestrige sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ plaudert nämlich einiges aus der Schule. Sie berichtet, daß die Volkspartei von den Sozialdemokraten verlangt, daß diese auf jede Kürzung des Wehretats verzichten, ferner der Beschleunigung des Panzerkreuzerbaues zustimmen sollen. Auch solle bei der Justiz alles beim alten bleiben.

\*

Es wird weiter gehandelt!

Das ist in wenigen Worten der Situationsbericht über die im Gange befindliche Bildung der Reichsregierung. Wie wir schon berichteten, ist die Sozialdemokratie völlig in der Defensive. Die anderen Parteien sind es, die Forderungen stellen, dafür, daß sie sich herbeilassen, mit der „Siegerpartei“ in die Regierung einzutreten. So fordert die Volkspartei die Weiterführung des Reichswehr- und Justizkurses, das Zentrum KonzeSSIONen in der Schulverfassung und selbst die Splittlerorganisation, die Wirtschaftspartei, präsentiert Hermann Müller sogenannte Mittelstandsforderungen. Treffender kann die Ohnmachtsstellung der Sozialdemokratie schon bei der Koalitionsbildung nicht charakterisiert werden. Wie wird es erst in der Regierung sein!

Die gestrigen Verhandlungen brachten nichts grundsätzlich Neues. Es gelang Hermann Müller, das Zentrum davon zu überzeugen, daß eine Regierungsumbildung in Preußen im Moment nicht zweckmäßig sei. So heißt es wenigstens nach außen. Ganz im geheimen hat Hermann Müller natürlich die baldige Umbildung, wie es heißt „spätestens im Frühjahr“ angedeutet. Die Volkspartei legt auf diesen Termin besonderen Wert, weil sie bei den preußischen Kommunalwahlen, die Ende Oktober abgehalten werden, in der Großen Koalition sein will.

Nachdem Hermann Müller mit Stresemann verhandelt hatte, begab sich dieser in die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei, wo er zweifellos als Befürworter der Großen Koalition aufgetreten ist. Die Volkspartei denkt natürlich nicht daran, die günstige Lage, in der sie sich befindet, ungenutzt zu lassen, und beharrt auf ihren Forderungen.

Eine dieser Forderungen ist der Weiterbau des Panzerkreuzers. Wie hat gerade die Sozialdemokratie diesen Bau während des Wahlkampfes zum Anlaß genommen, die militärische Politik des Bürgerblocks anzuklagen. Nunmehr hat die kommunistische Reichstagsfraktion, deren Gedächtnis etwas besser ist als das der sozialdemokratischen Wahlredner, einen Antrag auf sofortige Unterbrechung des Panzerkreuzerbaues und Ueberweisung der Gelder für Kinder-speisung gestellt.

Das Schicksal dieses Antrages wird geradezu ein Stempel für die kommende Regierungskoalition sein.

Durch ihn wird der Sozialdemokratie Gelegenheit gegeben, an einem simplen, jedem Arbeiter, jeder Arbeiterfrau verständlichen Beispiel zu zeigen, welchen Kurs ihre Regierungskoalition steuern wird. Jeder Werttätige wird dann erkennen, daß Koalition mit den bürgerlichen Parteien heißt Koalition mit Panzerkreuzer, Koalition gegen Kinder-speisung!

### Der Reichstag auf unbestimmte Zeit vertagt

M. Berlin, 16. Juni. Der Reichstag vertagte sich am Freitagnachmittag auf unbestimmte Zeit. Die Anberaumung der

nächsten Sitzung wurde dem Präsidenten überlassen. Auf der Tagesordnung soll die Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung stehen.

#### Die Reichsbahn will vertuschen

Nürnberg, 16. Juni. Allgemein herrscht hier die Auffassung vor, daß die Reichsbahnverwaltung wenig Interesse bekundet, die

wirklichen Ursachen der Siegelödorfer Eisenbahnkatastrophe zu erforschen. Offenbar will man das Ergebnis erstelen: „Die wirklichen Ursachen blieben selber ungeläutert.“ Bemerkenswert ist aber, daß vor einem Jahr die Unglücksstrecke überholt und der Damm verbreitert wurde, „um die Kurve zu sichern“. In Wirklichkeit werden solche Verbreiterungen nur vorgenommen, wenn infolge Unsicherheit des Bodens „der Damm in Bewegung ist“. Die Reichsbahn hat die Ursache der Unsicherheit des Fahrdammes nicht abgestellt, sondern nur eine oberflächliche mechanische Stützung vorgenommen. Das Zugpersonal hat diese Gefahren richtig eingeschätzt und war entsetzt über die Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit. Es muß kategorisch von der Reichsbahn gefordert werden, die Dessenlichkeit nicht länger irrezuführen, sondern die Untersuchung auf die wirklichen Ursachen zu richten.

## Heraus mit Max Hoelz!

### Die Angelegenheit Hoelz vor dem Reichs-Begnadigungsausschuß

M. Berlin, 16. Juni. Der Vorsitzende des Reichsbegnadigungsausschusses, Reichstagsabgeordneter Dr. Moses, hat eine Sitzung auf den nächsten Dienstag einberufen, um erneut zu der Angelegenheit der Begnadigung Max Hoelz' Stellung zu nehmen.

Vor sieben Jahren wurde Hoelz durch das Ausnahmegericht zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Hoelz wurde nicht nur für seine Beteiligung am Aufstand des mitteldeutschen Proletariats abgeurteilt, er wurde auch beschuldigt, den Gutsbesitzer Heß erschossen zu haben. Hoelz hat sich zu allen politischen Handlungen, die sich aus der revolutionären Aktion ergaben, bekannt, aber die Tötung des Heß aus entschiedenem Verstritten. Obwohl schon während der Hauptverhandlungen begründete Zweifel an der Mordbeschuldigung gegen Hoelz geäußert wurden, hat das Ausnahmegericht Max Hoelz wegen Totschlages verurteilt und auf dauernden Verlust der politischen Rechte erkannt. Max Hoelz hat diese Verurteilung wegen Totschlages als ein Fehlurteil bekämpft. Im Herbst 1926 hat der frühere Hauptbelastungszeuge Friehe seine Hoelz belastenden Aussagen widerrufen und gleichzeitig das Zeugnis der Witwe des Heß bestätigt von der Verteidigung als völlig unglaubwürdig nachgewiesen. Der Oberstaatsanwalt in Halle, Dr. Luther, hat eine öffentliche Verhandlung über die skandalösen Vorgänge bei der Verurteilung durch Abwürgung des Friehe-Prozesses zu verhindern versucht. Er wurde hierbei durch die Hallenser Richter gedeut.

Der Oberstaatsanwalt hat sich jetzt gezwungen gesehen, die Berechtigung des Wiederaufnahmeantrages der Verteidigung anzuerkennen. Seit sieben Jahren schmachtet Max Hoelz im Zuchthaus. Bei der jetzt bestehenden Sachlage muß Hoelz, unbeschadet der bevorstehenden Amnestie, unverzüglich in Freiheit gesetzt werden.



Die kommunistische Reichstagsfraktion hat deshalb folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, die sofortige Freilassung von Max Hoelz aus dem Zuchthaus Sonnenburg anzuordnen.“

## Um die Amnestie!

### Genosse Höllein stellt die SPD.

(Eig. Drahtb.) Berlin, 16. Juni.

Bei Eröffnung der gestrigen Reichstags-sitzung liegt auf dem Platz des aus der Untersuchungshaft befreiten Genossen Rippenberger ein Strauß roter Rosen.

Auf dem ersten Punkt der Tagesordnung steht: Die Amnestiefrage. Unter großer Spannung des Hauses eröffnet den Reigen der Sprecher

Genosse Höllein:

Der Klassencharakter dieser Republik, dessen Reichstagsparlament jetzt Hermann Müller besteigen will, wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Tagungen des Reichstags ständig widerhallen von dem Schrei Hundertter und aber Hundertter Proletarier nach Amnestie. Ohne das traurige Verhalten der SPD bei der Schlußtagung des letzten Reichstags hätten wir es nicht nötig gehabt, auch diese Tagung mit derselben Forderung zu beginnen.

Man kann uns nicht irgendwelcher Sympathien mit den Fememördern beschuldigen. Wir werden die Amnestie nicht zum zweiten Male durch ein hinterhältiges Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion zerschlagen lassen. Wir fordern, daß der Reichsausschuß sofort seine Sitzungen aufnimmt, um die Opfer der Klassenjustiz keinen Tag länger schmachten zu lassen. Das ist eine grundsätzliche Forderung aller christlichen, sowohl sozialdemokratischen wie kommunistischen und unparteilichen Arbeiter.

Hierauf begründen Goerling (Dnat.) und Fric (Kazi) ihre Amnestieanträge, wobei sie die vaterländischen Verdienste der Fememörder hervorheben, und Fric den Sozialdemokraten abermals ihre Mitschuld an den schlesischen Fememördern ins Gedächtnis rufen.

Landsberg (SPD.) polemisiert aus taktischen Gründen hauptsächlich gegen Goerling und seine Fememörderschützlinge. Nebner ist für Ueberweisung der Anträge an den Rechtsausschuß.

In einer persönlichen Bemerkung nagelt Genosse Höllein eine bemußte Unwahrheit Landsbergs fest. Der Vorklaut des

Unserem Kündigen Korrespondenten.) Neustadt, 15. Juni.

Immer wieder: Der Neustädter Femefumpf!

Nachdem unsere Zeitung als erste auf die in Neustadt verübten Fememorde hingewiesen hatte, ging von hieriger interessierter Stelle der Versuch aus, die ganze Angelegenheit zu vertuschen.

Genosse K a b e l: Die Not der Grenzgebiete hängt wesentlich zusammen mit der Wirtschaftspolitik, bei der man den Großindustriellen Milionen geschont hat.

Nach den neuerlichen Enthüllungen des Chauffeurs Alfred Franke hüllen sich die Herrschaften in eisigen Schweigen.

Über wie in Neustadt werden nicht ruhen, bis der Fememordfumpf reflexlos aufgedeckt ist.

Beim Ausbeden einer Riesgrube am Exerzierplatz im vergangenen Jahr fanden die Arbeiter Knochen, die 30 Zentimeter tief lagen.

In Wieje, das seinerzeit eine Hochburg des Selbstschutzes war, befehlt heute noch eine geheime Organisation aus den alten Selbstschützern.

Wir fordern die Staatsanwaltschaft auf, auch in diesem Fall eingzugreifen.

Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, dem Mörder des Faschisten Savorelli an Frankreich auszuliefern.

Neuer Manteltarif für die ober-schlesische Hüttenindustrie

III. Gliemitz, 16. Juni. Für die ober-schlesischen Eisenhütten wurde in der Manteltariffrage ein Schiedsspruch gefällt.

Der neue Manteltarif soll am 1. Juli in Kraft treten und bis zum 1. September nächsten Jahres Geltung haben.

Kanting, die neue Hauptstadt Chinas

Die Kanting-Regierung hat die Generaldirektion der Post, der Salzsteuerverwaltung und das auswärtige Ministerium angewiesen, nach Kanting überzugehen.

Vom Tage

Das erweiterte Schöffengericht in Köpenick verurteilte zwei R.F.V.-Kameraden zu fünf Monaten und vier zu drei Monaten Gefängnis.

Der Manteltarif in der bayerischen Metallindustrie ist zum August gekündigt worden.

In der südwestfälischen Metallindustrie steht eine Gesamtaussperrung bevor, von der etwa 60.000 Arbeiter betroffen werden.

In der Berliner Stadtkonferenz der Arbeiter wurde der kommunistische Antrag auf Unterstützung der Angehörigen des von der Schuppolizei ermordeten Arbeiters Ömwege mit großer Mehrheit angenommen.

Aus Oesterreich wurden die ungarischen Emigranten, die Genossen Lukacz und Szekely ausgewiesen.

Weitere tausend Mann amerikanischer Marineinfanterie haben Befehl nach Nicaragua erhalten.

Mobile fandte einen neuen Funkspruch, aus dem hervorgeht, daß er nach Osten abgetrieben wird.

Die „rote Fahne“ zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. München, 15. Juni. Die „rote Fahne“ in Berlin hatte in ihrer Ausgabe vom 3. Mai zu der Epheustandbatur des Generals v. Cyp Stellung genommen.

Das Urteil im Verespionageprozess. Stuttgart, 15. Juni. Der Angeklagte Karzer wird wegen Unterschlagung und Vehlerei zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt.

Sechs Jahre Polnisches Oberschlesien. Berlin, 16. Juni. Gestern jährte sich der Tag der Übergabe Deutsch-Oberschlesiens an Polen zum sechsten Male.

Weitere Ausdehnung des griechischen Tabakarbeiterstreiks. Athen, 15. Juni. Nach Meldungen aus Athen hat sich der Streik der Tabakarbeiter auch auf die bis jetzt unbeteiligten Mazedonischen Gebiete ausgedehnt.

Hoovers Wahl zum Präsidentschaftskandidaten. New York, 15. Juni. Die Abstimmung im republikanischen Parteikonvent zu Kansas City ergab für Hoover 87 Stimmen.

Der Eisbrecher „Krasin“ nach Kingsbay ausgebrochen. Tallinn, 16. Juni. Aus Leningrad wird gemeldet, daß der russische Eisbrecher „Krasin“ am Freitag nach Kingsbay ausgelaufen ist.

Mobile von Eisbären bedroht. Tallinn, 16. Juni. Wie die Wendenblätter aus Oslo melden, hat Mobile in einem Funkspruch um Gewehre gebeten.

Die Frühföndler

Sie sitzen brütend am Tisch herum Seit Tagen nun und beraten, Sie sind vom vielen Hocken schon krumm, Die Herren Spitzenkandidaten.

Man greift beim Schachern zum schafelsten Dreh, Weiß nichts mehr von Wahlkampf-Zielen ... Besonders Herr Müller von der SPD.

Ihr Arbeitsbrüder in Stadt und Land, Laßt euch nicht mehr länger beschwatzen! Sie woll'n euch umgarnen in neuem Gewand.

Kasimir Sublimier.

PASSAGIERE DER III. KLASSE Roman von Kurt Klüber

Das freute uns so, daß wir das Kommunizieren und gemeinsame Eintausen bald auch auf andere Dinge übertragen.

Und das Großartige an unserer Kommune war, daß wir durch unser gemeinsames Zusammenleben auch kameradschaftlicher und brüderlicher wurden.

Unsere Kommune mobilisiert worden wären.

Natürlich, erzählte der Schotte nach einer kleinen Pause weiter, „ging alles von unserer Kommune aus.“

Das war nicht leicht, denn sie hatten uns ja die Selbständigkeit geraten. Außerdem gab es kein Gesetz, mit dem man uns offen zu Leibe gehen konnte.

Wir wurden aber langsam nicht nur für die Verdienstmöglichkeiten unserer Kommune, sondern auch für die Verdienstmöglichkeiten anderer kapitalistischer Unternehmen eine Gefahr.

uns wurde deswegen von der Kompanie beschossen, und da sich die benachbarten Kompanien mit Geld und Menschen an diesem Angriff beteiligten.

Es war ein gemeiner Kampf! Vielleicht der vielschichtige und dreifache, der jemals von einer Kompanie gegen die eigenen Arbeiter geführt wurde.

Ruh, der Schotte sah alle an, „den Zusammenbruch der „Railway Worker Commune of Washington“ muß ich euch wohl nicht erst schildern.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Bericht und Bericht“ und „Badenburger“ Wilhelm Bleibold, für „Bericht“ und „Bericht“...



Sagan

Ernst Ramtke Schuhwaren Replerstr. 55

Artur Bürger Gemüse, Kolonial- und Tabakwaren Rautlandstr. 7

Paul Bürger, Brot-, Weiß- und Feinbäcker Paul Bürger, Dorotheenstraße 5

Adolf Selle :: Goldschmied Spezialität: Drauringe :: Porte 2

MAX APELT / Zigarrenhaus Kornmarkt 41 Brüderstr. 1

E. & J. Crohn / Höhe Straße 13 Damenkonfektion, Manufakturwaren

Alfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1 das Haus für gute preiswerte Lebensmittel

ELSE HOFFMANN Stadtwiese 2, nahe der Post Herren-, Damen- und Kinderwäsche

Die Saganer Central-Molkerei empfiehlt sich ihrer werthen Kundenchaft

Geht alle ins Schuhwerk-Handwerk dort seht ihr die besten Filme

Fahrräder Nähmaschinen ROBERT RICHTER Replerstraße 31 u. Sorauer Straße 26

Brand & Klaus Elektrizität und Gas Beleuchtungsapparate :: Radio

A. Michaelis, Ring 33 Wäschehaus Wäsche :: Tritotagen :: Wollwaren

Grünberg

P. Franke Gelegenheitskäufe in neuen u. geb. Möbeln und Polsterwaren

P. Roball, Niederstr. 57 Schuhwaren gut und preiswert

H. Bothe - Brotmarkt 6 Brot- und Weißbäcker

Feine Fleisch- und Wurstwaren Wilh. Dopy, Niederstraße 60

Fritz Gutsche / Breite Straße 73 Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturwerkstatt

Brot- und Feinbäcker Fritz Klaude, Niederstraße 41

Uhren und Goldwaren Leo Bednortz, Dorotheenstr. 7

Feine Fleisch- und Wurstwaren G. Adler - Postplatz

Spirituosen kauft in der Probierstube von Alfred Hoffmann, Oberstraße 4

Brot- und Feinbäcker R. Naumann, N. Bergstraße 7

Otto Einzel, Niederstraße 54 Brot-, Weiß- und Feinbäcker

Milch-, Butter- und Käsegeschäft Puch Nachla, Tab. Iris Baumgart

Jungbier zum Selbstfüllen empfiehlt Brauerei Gebauer

H. Gebhardt, Ring 9 Herren-, Knaben- und Berufskleidung

Automobil-Fahrschule Bruno Dorn, Automobile, Fahrschulstr. 34

Nährlicher Schwarzbier empfiehlt O. Bugbaum, Unt. Fuchsberg 17

Paul Mohr, Niedertorstraße 10 a Groß-Lager an Papier- u. Schreibwaren

Kaufhaus Bornstein bekannt gute Waren zu niedrigst. Preisen

Mittelman & Anebel Spezialgeschäft für Haus und Küche

Ediskonitorei E. Glöner Berliner Straße 70, empfiehlt fein wohlgeschmezendes Speiseeis

Kunella Gold mit den wertvollen Kunella-Bons allein erhältlich in der Butterhandlung Kunella

W. Grau Damenkonfektion Aussteuerwaren Kleiderstoffe

Biergroßhandlung Vinzenz Jansch Engelhardt-Biere sind gut und bekömmlich

Max Jordan Herren- und Damen-Konfektion

HEINRICH HEINZEL Kleider :: Wäsche :: Schürzen

Adolf Lehmann Berliner Straße 43 Fahrräder - Nähmaschinen

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen

Paul Witke, Berliner Straße 37 Kolonialwaren - Zigarren

A. Hentschel :: Markt Schuhwarenhäuser - Reparaturen

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14 Schuhwaren, Haus- u. Küchen-Geräte

Liegenitz Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5 Wäsche - Schürzen - Strümpfe

Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln L. Pietzsch, Alt-Kreuzer Straße 16

Trinkt die wohlbedämmlichen Grünberger Bergschloß-Biere

Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren August Gürnth Breite Straße 1

KARL VÖLKERS Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte

Möbel gut und preiswert Friedrich Horlitz Tischlermeister, Kieferstraße 2

Joseph Franz jr., Laubengang Manufaktur-, Modewaren und Aussteuer-Artikel

Fahrräder / Nähmaschinen Sprechmaschinen

Sproßau Verkehrslokal "Zur Altdutschen" Inh. Robert Gärtner

Breslauer Konfektionsgeschäft Carl Brinzer :: Judenstraße

FAHRRADHAUS D. Großmann Judenstraße 3

Kolonialwaren :: Lebensmittel Alfons Herda Wühlstraße 7

Billig und gut kaufen Sie Herren-, Damen- u. Kinder-Bekleidung

Adolf Schindler, Markt 36 Glogau

Bürstenwaren aller Art empfiehlt O. Lindholm, Lange Straße 15

Zigarren :: Zigaretten :: Tabak G. Stöbel, Lange Straße 18

Friseur W. Welzel Lange Straße 14

Motor- und Fahrräder :: Nähmaschinen J. Rübiger, Lange Straße 73/74

Brot- und Feinbäcker E. Lindner, Lange Straße 17

Sagan

W. Scupin, Replerstraße 10 Leder- und Polsterwaren

Schokoladenhaus Fr. Perliner, Replerstraße 60

Wäsche / Bettfedern Carl Unger, Replerstraße 20

Wulfen Lehmann, Sorauer Straße 15 Kolonialwaren :: Lebensmittel

Em. Minusich, Sorauer Straße 24 Konservierungs :: Lebensmittel

Germ. Venkert, Nr. 21 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Otto Schulz Sorauer Straße 29 Fahrräder / Nähmaschinen

THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19 Lederhdlg. u. Schuhmacherbedarf

Zur goldenen 34 A. GANTZ Herren- und Knabenbekleidung

Damenputz Maria Gurad :: Nizza-Platz

Hüte - Mützen - Pelzwaren F. WINKLER Nizza-Platz 1

Restaurant „Zur Weintraube“ Dehna, Ludwigsplatz 3 Arbeiter-Verkehrslokal

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschlöfchen A.-G.

Haynau Marie Winter, Friedrichstraße 12 Lebensmittelgeschäft

Theodor Prinz :: Ring 30 Modes- u. Konfektionswaren

Max Grünbel, Stadtstraße 8 Brot-, Weiß- und Feinbäcker

Otto Wierczok Kolonialwaren, Zigarren u. Nahrungsmittel

Gebr. Janner, Liegnitzer Straße 31 Fahrräder - Nähmaschinen

MAX SCHREIBER Stadtbrauerei Sektfabrik

Hirschberg

Fahrräder - Motorräder Nähmaschinen

Otto Schulz, Fleisch- u. Wurstwaren

G. Bruchmann, Greiffenbergstr. 11 Fleisch- und Wurstwaren

Fleischerei und Wurstfabrik Wilh. Schröder, Einlestraße 28

Kaufhaus Hirschberg

OTTO SPÜTH & SOHN Sohlen-Auschnitt

Hermann Hirschfeld Textilwaren jeder Art

B. L. Parifers Wwe. Haus-, Bett- und Leibwäsche

BEKLEIDUNGSHAUS Inh. Max Meyer

Herren- und Jünglings-Konfektion Arbeiterberufsbekleidung

A. Hamann / Markt 41 Strümpfe, Handtücher, Tritotagen

A. STROKOSCH / MARKT Hüte - Mützen

Eraß Wolf :: Mühlgrabenstraße 23 Hobel- u. Holzhandlung

Mag. Behrendt // Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidg.

Hirschberg-Cannertsdorf Erich Schröder

Neusalz M. Zuckermann, Markt 2 Herren-, Knaben- und Berufsbeleidg.

Liegenitz

Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Haus Nr. Dorotheenstraße 36 Bekleidung aller Art

Berliner Fahrradhaus Buchstraße 41

Mag. Lahn :: Marienplatz 6

Mag. Kühn :: Schloßstraße 20 Kolonialwaren, Milch, Eier, Butter

G. Hansen Nachfolger Photograph - Bahnerstraße 38

Emma Entschewski, Wilhelmstraße 18 Trogen- und Kolonialwarenhandlung

Emma Mägde :: Wilhelmstraße 13 Lebensmittelgeschäft

Paul Groß :: Breslauer Str. 1 Spezial-Schuhwarenhäuser

Wintergarten, Weiß- Tische & Stühle Angenehmer Familien-Anhalt

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gustav Blümel, Breslauer Straße 88 Obst- und Gemüsehandlung

Uhren und Goldwaren kaufen Sie gut und billig bei G. Weigelt, Carthausen Straße 29

Willy Rothe, Breslauer Straße 33 Kolonialwaren, Wild- u. Geflügelhandlung

CARL KRÜGER Weiß-, Wollwaren und Tritotagen

Max Süßmann Herren- u. Knabenbekleidung

Max Futen, Ring 9/10 Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen

Paul Witke, Berliner Straße 37 Kolonialwaren - Zigarren

A. Hentschel :: Markt Schuhwarenhäuser - Reparaturen

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14 Schuhwaren, Haus- u. Küchen-Geräte

Liegenitz Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gustav Blümel, Breslauer Straße 88 Obst- und Gemüsehandlung

Uhren und Goldwaren kaufen Sie gut und billig bei G. Weigelt, Carthausen Straße 29

Willy Rothe, Breslauer Straße 33 Kolonialwaren, Wild- u. Geflügelhandlung

CARL KRÜGER Weiß-, Wollwaren und Tritotagen Breslauer Straße 21

Max Süßmann Herren- u. Knabenbekleidung

Max Futen, Ring 9/10 Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren

Bunzlau

A. Grundmann, Gadenberger Str. 52 Fleisch- und Wurstwaren

Des. Kischowski :: Nikolaistraße 9 Bekleidungshaus f. Damen u. Herren

Fahrradhaus Hoffmann Stadtplatz 16

Fahrräder - Nähmaschinen Gramsch

Hirschberg-Cannertsdorf

Erich Schröder

Neusalz M. Zuckermann, Markt 2

Herrn-, Knaben- und Berufsbeleidg.

Emma Entschewski, Wilhelmstraße 18

Emma Mägde :: Wilhelmstraße 13

Paul Groß :: Breslauer Str. 1

Wintergarten, Weiß- Tische & Stühle

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen

Paul Witke, Berliner Straße 37

A. Hentschel :: Markt Schuhwarenhäuser - Reparaturen

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14

Liegenitz Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gustav Blümel, Breslauer Straße 88

Uhren und Goldwaren kaufen Sie gut und billig bei G. Weigelt, Carthausen Straße 29

Willy Rothe, Breslauer Straße 33

CARL KRÜGER Weiß-, Wollwaren und Tritotagen

Max Süßmann Herren- u. Knabenbekleidung

Max Futen, Ring 9/10 Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen

Paul Witke, Berliner Straße 37

A. Hentschel :: Markt Schuhwarenhäuser - Reparaturen

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14

Liegenitz Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gustav Blümel, Breslauer Straße 88

Uhren und Goldwaren kaufen Sie gut und billig bei G. Weigelt, Carthausen Straße 29

Willy Rothe, Breslauer Straße 33

CARL KRÜGER Weiß-, Wollwaren und Tritotagen

Max Süßmann Herren- u. Knabenbekleidung

Max Futen, Ring 9/10 Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen

Paul Witke, Berliner Straße 37

A. Hentschel :: Markt Schuhwarenhäuser - Reparaturen

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14

Liegenitz Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gustav Blümel, Breslauer Straße 88

Uhren und Goldwaren kaufen Sie gut und billig bei G. Weigelt, Carthausen Straße 29

Willy Rothe, Breslauer Straße 33

CARL KRÜGER Weiß-, Wollwaren und Tritotagen

Max Süßmann Herren- u. Knabenbekleidung

Max Futen, Ring 9/10 Kleiderstoffe, Leinen, Baumwollwaren

Preiswerte T-bakwaren empfiehlt Ernst Lauterbach

Inh. Bernhard Feist Kreuzische Str., Ede Mohrenstraße

Sagan

W. Scupin, Replerstraße 10 Leder- und Polsterwaren

Schokoladenhaus Fr. Perliner, Replerstraße 60

Wäsche / Bettfedern Carl Unger, Replerstraße 20

Wulfen Lehmann, Sorauer Straße 15 Kolonialwaren :: Lebensmittel

Em. Minusich, Sorauer Straße 24 Konservierungs :: Lebensmittel

Germ. Venkert, Nr. 21 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Otto Schulz Sorauer Straße 29 Fahrräder / Nähmaschinen

THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19 Lederhdlg. u. Schuhmacherbedarf

Zur goldenen 34 A. GANTZ Herren- und Knabenbekleidung

Damenputz Maria Gurad :: Nizza-Platz

Hüte - Mützen - Pelzwaren F. WINKLER Nizza-Platz 1

Restaurant „Zur Weintraube“ Dehna, Ludwigsplatz 3 Arbeiter-Verkehrslokal

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschlöfchen A.-G.

Haynau Marie Winter, Friedrichstraße 12 Lebensmittelgeschäft

Theodor Prinz :: Ring 30 Modes- u. Konfektionswaren

Max Grünbel, Stadtstraße 8 Brot-, Weiß- und Feinbäcker

Otto Wierczok Kolonialwaren, Zigarren u. Nahrungsmittel

Gebr. Janner, Liegnitzer Straße 31 Fahrräder - Nähmaschinen

MAX SCHREIBER Stadtbrauerei Sektfabrik

Hirschberg

Fahrräder - Motorräder Nähmaschinen

Otto Schulz, Fleisch- u. Wurstwaren

G. Bruchmann, Greiffenbergstr. 11 Fleisch- und Wurstwaren

Fleischerei und Wurstfabrik Wilh. Schröder, Einlestraße 28

Kaufhaus Hirschberg

OTTO SPÜTH & SOHN Sohlen-Auschnitt

Hermann Hirschfeld Textilwaren jeder Art

B. L. Parifers Wwe. Haus-, Bett- und Leibwäsche

BEKLEIDUNGSHAUS Inh. Max Meyer

Herren- und Jünglings-Konfektion Arbeiterberufsbekleidung

A. Hamann / Markt 41 Strümpfe, Handtücher, Tritotagen

A. STROKOSCH / MARKT Hüte - Mützen

Eraß Wolf :: Mühlgrabenstraße 23 Hobel- u. Holzhandlung

Mag. Behrendt // Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidg.

Hirschberg-Cannertsdorf Erich Schröder

Neusalz M. Zuckermann, Markt 2 Herren-, Knaben- und Berufsbeleidg.

Liegenitz

Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Haus Nr. Dorotheenstraße 36 Bekleidung aller Art

Berliner Fahrradhaus Buchstraße 41

Mag. Lahn :: Marienplatz 6

Mag. Kühn :: Schloßstraße 20 Kolonialwaren, Milch, Eier, Butter

G. Hansen Nachfolger Photograph - Bahnerstraße 38

Emma Entschewski, Wilhelmstraße 18 Trogen- und Kolonialwarenhandlung

Emma Mägde :: Wilhelmstraße 13 Lebensmittelgeschäft

Paul Groß :: Breslauer Str. 1 Spezial-Schuhwarenhäuser

Wintergarten, Weiß- Tische & Stühle Angenehmer Familien-Anhalt

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen

Paul Witke, Berliner Straße 37

A. Hentschel :: Markt Schuhwarenhäuser - Reparaturen

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14

Liegenitz Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gustav Blümel, Breslauer Straße 88

Uhren und Goldwaren kaufen Sie gut und billig bei G. Weigelt, Carthausen Straße 29

Willy Rothe, Breslauer Straße 33

Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren und Spirituosen

Paul Witke, Berliner Straße 37

A. Hentschel :: Markt Schuhwarenhäuser - Reparaturen

Kaufhaus Bernstein, Freystädter Straße 14

Liegenitz Brot-, Weiß- und Feinbäcker Stefan Rajewski, Bräunerstr. 25

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung Konfektionshaus Rogorshelsh

Gustav Blümel, Breslauer Straße 88

# Wer regiert den neuen Reichstag?

## Ein Parlament der Truſſherren, Großagrarien und des Klerus

Der neue Reichstag nimmt seine Arbeit wieder auf, soweit man so etwas Arbeit nennen kann. Ein paar Berufsparlamentarier setzen sich in den Ausschüssen zusammen, um den amtlichen Stempel unter das zu setzen, was in den Sitzungssälen der Unternehmerverbände längst beschlossen wurde. Und dann wird man, während sich im Plenum irgendein Unbescholtener eine einfindige Rede herunterquält, an schon gedachten Tischen seinem Wohlbehalten leben.

Da ſiſt z. B. ein Abgeordneter der Wirtschaftspartei, den das Reichstagshandbuch allzu Beschreiben nennt: Sachsenberg, Gottfried, Verwaltungskaufmann. Was es alles für Berufe gibt. Hinter dem problematischen Beruf des „Verwaltungskaufmanns“ verbirgt sich ein ehemaliger Offizier, der heute Direktor bei den Junkers-Berken ist und im Reichstag sicher nicht das Interesse seiner Belegschaft vertreten wird. — Oder nehmen wir Herrn Dr. Gremer von der Deutschen Volkspartei. Er heißt hier „Schriftsteller“. Was schreibt er? Denkſchriften an die Ministerien, Gesetzentwürfe und Briefe nicht an die, sondern aus den Büros der verschiedensten Unternehmerverbände. Wiederholt warf man ihm in der Öffentlichkeit Unlauterkeiten zugunsten des Alkoholabfalls vor, ohne daß ein Wort gegen die Angriffe bisher bekannt geworden wäre. — Wir können ſie nicht alle aufzählen, die Herren Konteradmiral a. D. Brünninghaus, der heute Syndikus der Zigarrenfabrikanten ist, von Gilja, den „Abteilungsleiter“, nicht etwa bei Wertheim, sondern bei der Deutschen Volkspartei, Dr. Grone-Münzberg, „Landwirt in Berlin“, der in keinem Büro am Völkowufer vorkommt außer den landwirtschaftlichen „Belangen“ noch ein paar Halme Ballonschnittlauch pflegt. Sieht man ſich die Berufe der Abgeordneten an, ſo erſchrickt ſich die Lesüre auch des besten Witzblattes.

Wie kommen die Herren plötzlich zu ſo übergroßer Bescheidenheit? Warum verschweigen ſie Titel und Ehren? Weil ſie nicht wollen, daß die Wähler im Reiche klar erkennen, wen ſie in die Quasthube zum Diktatempfang geſchickt haben. Wir wollen es den Massen einmal zeigen, daß ihre „Erwähltheit“ der bürgerlichen Fraktionen keine unbeschriebenen Blätter ſind.

Wenn wir die Kapitalvertreter im Reichstag aufzählen, ſo nicht die, die am Rande der fetten Pfründe weiden. Nur die richtigen, überzeugten, am großen Gewinn Beteiligten wollen wir in unſer ſtaſtiſches Panoptikum aufnehmen. Da ſind zuerst die

### Vorsitzenden und Präſidenten der Unternehmerverbände.

Sie gehen nicht als Parteileute, als Berufsvertreter, als Vertrauensleute der Bevölkerung ins Parlament. Ihre Entsendung iſt nicht ſelten mit erheblichen Zuſchüssen an die Wahlſonds der Parteien erkaufte, in deren Fraktion ſie ſitzen. Der Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie macht z. B. darüber, daß die Schutzſtelle nicht gelenkt, sondern gehoben werden; daß nicht die Verbraucher, sondern der Erzeuger richtig. — Der Präſident des Reichslandbundes, Herr Hepp, oder deſſen Direktor, Herr v. Sybel, verkörpern ihre ſichtbare Kraft nicht aus reiner Volkstreue. Denn die 25 Mark Tagelohn ſind für ſie keine ausreichende Entſchädigung. Von dieſer Sorte ſind 21 Leute im Reichsparlament; im vorigen waren es 22. Sie verteilen ſich auf die einzelnen Parteien ſolgendermaßen:

- 7 Deutschnationale (davon 1 Chriſtliche Bauernpartei), 7 Volkspartei, 8 Zentrum, 1 Bayr. Volkspartei, 1 Wirtschaftspartei, 2 Demokraten.

Wir ſehen, daß ſie ſich gut verteilen. Keine Fraktionsſignifung der Bürgerlichen kann ohne ihre Kontrolle vor ſich gehen. Aber ſelbſt, wenn ſie nicht kontrollieren würden, wäre für volkreundliche Lukenleiter nichts zu machen. Denn auch die Unternehmer oder deren Beauftragte, Werkſteller, Generaldirektoren uſw., paſſen auf. 31 davon beſorgen den neuen Reichstag gegen 21 im vorigen. Auf die Fraktionen verteilen ſie ſich ſolgendermaßen:

- 4 Deutschnationale, 4 Volkspartei, 5 Zentrum, 2 Bayr. Volkspartei, 11 Wirtschaftspartei, 1 Demokrat, 1 Splitterpartei.

Von dem großindustriellen Zentrumsmann Alsdner, mit dem der „radikale“ Witz und verschiedene Chriſtliche Gewerkschaftsführer die „Arbeit“ teilen, bis zum Wirtschaftsparteilichen Großſchlächter iſt kein weiter Weg. Eine Befürchtung, daß die Unternehmer die Verſteuern erhöhen würden, beſteht nicht. Und jetzt die Aufſichtsſtäte!

Ihnen müſſen wir ein paar Worte widmen. Bekanntlich legten die maßgebenden Aktionäre früher Wert darauf, große Namen, klingende Adelstitel in ihrem Aufſichtsrat zu haben. Das iſt heute nicht mehr ſo wichtig. Heute entſcheidet der Einfluß eines ſolchen Mannes, der zu wenige Sitzungen eine Tantieme von durchschnittlich 10 000 Mark repräsentierende Körperschaft einer Geſellſchaft; als M. d. R. ſind Unternehmer und Syndikat ausreichend. Man holt ſich also umgekehrt Aufſichtsſtäte aus dem Abgeordnetenſtab. Man beſticht ſie damit gleichzeitig. Erfahrungsgemäß gehen weniger Aufſichtsſtäte in ein neues Parlament hinein, als von dort heranzukommen. Wie das kommt? Sehr einfach: als Privatleute taugen ſie nichts für die repräsentierende Körperschaft einer Geſellſchaft; als M. d. R. ſind ſie von großem Wert. Sie werden also auf Grund ihres Mandates

in die Aufſichtsſtäte gewählt — wenn abſolut keine Gefahr beſteht, daß ſie eine „ſoziale Not“ in die Verwaltung der Betriebe tragen könnten.

Wenn trotz der Tatsache, daß die Zahl der Aufſichtsſtatspoſten im Laufe der Sektionsperiode wachſen wird, ſchon heute prozentual gegenüber dem alten Reichstage kein Zurückbleiben in den bürgerlichen Fraktionen ſtattgefunden iſt, ſo beweist das nichts als die Zujammenſtellung der Kandidatenliſten unter dem „ideellen“ und materiellen Druck der Unternehmerorganisationen. Wir wiſſen, daß große Beträge für „Erwerbung von Mandaten“, alſo für Korruption der Parteien, zur Verfügung ſtanden. So iſt es zu erklären, daß neben den 22 Syndici und den 31 Unternehmern 65 Aufſichtsſtäte in den bürgerlichen Parteien des Reichstages ſitzen. Hatte man im alten Reichstage zum Schluß 71 Aufſichtsſtäte mit 288 Aufſichtsſtatspoſten, ſo hat man heute — trotzdem das Parlament 31 bürgerliche Abgeordnete nicht wiederſieht — 65 Aufſichtsſtäte mit 271 Poſten. Der prozentuale Anfangsſtand iſt alſo größer als der Beſtand bei der Aufloſung. Es kann heiter werden, wenn die Ernennungen auf den Generalverſammlungen erſt richtig loſgehen.

Auf die einzelnen Fraktionen verteilen ſich die Aufſichtsſtäte ſolgendermaßen (die Zahl der Poſten ſehen wir in Klammern): 14 (43) Deutschnationale, 16 (78) Volkspartei, 13 (40) Zentrum, 4 (6) Bayr. Volkspartei, 5 (13) Wirtschaftspartei, 11 (87) Demokraten, 2 (4) Splitterpartei.

Auch hier iſt die gerechte Verteilung auf alle bürgerlichen Fraktionen vorgenommen worden.

Wo alle Arten von Unternehmern zujammenhocken, um das Proletariat zu verkaufen, dürfen auch ihre wichtigſten Organe nicht fehlen: die Paſſen. Sie ſind dieſmal ein bißchen ſchlechter weg-

Auch hier die ebſte Beſcheidenheit, die wir ſchon oben lobend anerkannt haben. Da werden Rittergutbesitzer zu einfachen Bauern — im Handbuche des Reichstages. Es iſt ſehr ſchwer, die Größe der einzelnen Beſitzungen zu ermitteln. Deſhalb haben wir nur die deutſch Großgrundbeſitzer ſind. Wir kommen dabei auf die genaue Zahl von 50 gegenüber etwa 36 im vorigen Reichstage. Die Land- und Landesvertreter auch, wie wir ſchon erwähnten, den Präſidenten und den Direktor des Reichslandbundes ins Reichsparlament entſandt. Auf die künftige Zollgeſetzgebung können wir uns mit gutem Grund freuen.

Eine ſchöne, lange Reihe haben wir da ausgezählt, eine Reihe trefflicher Charakterköpfe des republikaniſchen Truſt- und Großagrariats. Wir haben ſie einfachheitsliebender nach Partein und Amt ſortiert. Dabei mußte es vorkommen, daß viele hohe Herren in mehreren Spalten auſtauchten. Denn es iſt keine Seltenheit, daß ein Unternehmer, wie Herr Alsdner, gleichzeitig vielſacher Aufſichtsſtat iſt, daß ein Großgrundbeſitzer, wie Herr von Reubell, den Adelstitel trägt. Unter Vermeidung von Doppelzählungen ergeben ſich 161 ausgeſprochene Großunternehmer oder deren eindenſtge Vertreter. Dazu kommen noch mindedeſtens 50 Großgrundbeſitzer, ſo daß wir inſgesamt 211 Kapitalagenten im neuen Reichstag zählen.

211 von 284 bürgerlichen Abgeordneten!! Knapp drei Viertel aller dieſer Herren von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, die in ihren Reihen den 49ſachen Aufſichtsrat Dr. Fiſcher beherbergen, gehen ohne ein anderes Ziel, als das Ausbeutungsmonopol ihrer Klasse zu ſetzen, in die Geſetzgebung. 152 Sozialdemokraten ver-

# Rampf für Brot und Arbeit! Kommunistische Anträge im Reichstag

Zugleich mit der Forderung auf Amneſtie für die proletariſchen Geſangenen ſtellt die kommuniſtiſche Reichstagsfraktion Forderungen, die die Lage der unter den Laſten der Rationaliſierung zujammenbrechenden Werttätigen erleichtern ſollen.

Der Reichstag ſoll nach dem Willen der führenden finanzkapitaliſtiſchen Oligarchen unter der Fahne der Großen Koalition die arbeiterfeindliche Sozialpolitik des Bürgerblocks ſortlegen. Die jüngſte Tagung des Hansa-Bundes ſowohl, unter dem Vorſitz des Demokraten Fiſcher, wie der deutſchen Eisen- und Stahlindustriellen unter dem Vorſitz des Volksparteilers Reichert — beide Mitglieder von Parteien der Großen Koalition — haben darüber keinen Zweifel geſaßt, daß ſowohl die Zoll- wie die Steuerpolitik, daß die ganze Sozialpolitik allein auf die Interereſſen des Großkapitals auch in Zukunft abgeſtimmt ſein ſoll.

Dieſen großkapitaliſtiſchen Abſichten der in der Großen Koalition maßgebenden bürgerlichen Parteien ſtellt die kommuniſtiſche Reichstagsfraktion ihre Anträge gegenüber.

Sie fordert zunächſt den Achtſtundentag. Seine Verwirklichung iſt in der Zeit der zunehmenden Kurzarbeit, der wieder wachsenden Arbeitsloſigkeit, dringender denn je.

Noch die Kommuniſten wiſſen, daß die Verwirklichung des Achtſtundentages für die Erringung ausreichender Löhne nicht durch bloße parlamentariſche Aktionen erzwungen werden kann. Die Maſſenaktion der Werttätigen ſelbſt muß hinzukommen. Darum fordern die Kommuniſten weiter die Beſeitigung der Schlichtungsordnung, die Wiederherſtellung der Streikfreiheit.

Um den unerträglichem Druck auf die Lebenshaltung der Wert-

tätigen durch die Maſſenſteuern, Zölle und Wuchermieten zu verhindern, fordern die Kommuniſten ſchlieſlich

die Beſeitigung der drückendſten der Maſſenſteuern — der Lohnsteuer;

die Beſeitigung der Hungerzölle auf alle Lebensmittel der Maſſen und die zollfreie Einfuhr inbeſondere auch von Gefrierſeiſch;

die Herabſetzung der Wohnungsmieten auf 100 Prozent.

Alle dieſe Anträge reichen noch lange nicht aus, um die Lage der deutſchen Werttätigen grundſätzlich umzuſtellen. Sie zeigen nur die Richtung, in der die Aktionen der Werttätigen einſetzen müſſen, damit ſie eine Beſſerung ihrer Lebenshaltung erzwingen.

Ihre weitergehenden Forderungen auf Beſeitigung aller Maſſenſteuern, auf Durchſetzung ſcharfer Verſteuern, auf Beſeitigung aller Zollſchranken, auf Verwirklichung eines Wohnungsprogramms im Intereſſe der Werttätigen wird die kommuniſtiſche Reichstagsfraktion in beſonderen Anträgen formulieren.

Dieſe erſten Anträge ſollen den Sozialdemokraten Gelegenheit geben, Farbe zu bekennen. Sie ſollen den Werttätigen, die noch den koalitionsſchlüſternen Sozialdemokraten am 20. Mai ihre Stimme gegeben haben, auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen, die ſie mit der Stellungnahme der ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion zu dieſen Anträgen machen werden, beweifen, daß die Große Koalition nicht die ſozialpolitiſchen Forderungen der Werttätigen erfüllt — ſelbſt wenn, wie die Anträge der Kommuniſten, nur die ſelbſtverſtändlichen Anſprüche der breiten Maſſen auf Lohn und Brot verwirklicht werden ſollten —, ſondern die arbeiterfeindlichen Forderungen der großkapitaliſtiſchen Parteien.

(Den Wortlaut der Anträge werden wir noch veröfſentlichen.)

gekommen als früher. „Nur“ 9 Stück ſitzen im neuen Reichstag gegen 12 im vorigen. Davon ſind drei bei den Deutschnationalen, einer bei der Bayeriſchen Volkspartei und fünf beim Zentrum. Volkspartei und Demokraten haben dieſmal leider keinen abgekommen.

In höheren Verwaltungsbeamten zählen wir bei den bürgerlichen Parteien 45 gegen 47 beim vorigen Mal. Zu ihnen ſtoßen 10 Angeſtellte höheren Grades der freien deutſchen Klaffenjuſtiz, die ſich freuen werden, an der Verſchärfung des ihnen noch nicht genug ſcharfen Strafgeſetzbuches mitarbeiten zu dürfen.

Der Adel, der wieder mit Fürſten, Grafen, Freiherren und gewöhnlichem Landadel aufwartet, zählt 20 Vertreter. Und ſchlieſlich die Landwirtſchaft.

bünden ſich mit ihnen. Diſſerding, Müller, Wels und Geſen bieten Herrn Alsdner, Herrn Dr. Fiſcher, Herrn von Sybel und deren Freunden die Hand, um ihre neun Millionen Stimmen gemeinſam mit den Bürgerlichen zur leichteren Anechtung des unzufriedenen Proletariats zu mißbrauchen.

Unſere Zahlen ſprechen für ſich. Sie den proletariſchen Wählern der nichtkommuniſtiſchen Parteien zur Kenntnis zu bringen, gehört zu unſeren Aufgaben. Schon jetzt, wo die Wählerſprechungen noch in ſchärfer Erinnerung ſind, ſollen ſie ſehen, was von dem, was ſie vom neuen Reichsparlament erwarten, in der trauten Gemeinſchaft der SPD. mit den Kapitalagenten erfüllt werden wird

Paul Brand.

Breslauer

# Johannisfest

das Feſt der ſchleſiſchen Heimat  
Gegenüber der Jahrhunderthalle

vom 17. Juni bis 1. Juli 1928

## mit Paul Simmels luſtiger Stadt

**! Niegeſehene Schauſtellungen !**  
**! Täglich große Sportkämpfe !**  
**Trachten und Tänze**

Dauerkarten für alle Tage gültig: Erwachsene 2,50, Kinder 1,00 RM. / Vorverkauf für Konzert u. Feſtplatz bei Garajch und an den Kaſſen.

Die Johannisfeſt-Zeitung mit dem geſamten Sport- und Feſt-Programm iſt bei jedem Zeitungshändler zu haben!

**Die Weltſensation!**  
**Das ferngeſteuerte Auto**  
bekundet ſich auf dem Feſtplatz!

**Sonntag, vormittags 11 Uhr:**  
Beginn des Johannisfeſtes durch das Konzert des Gaus 15 des ſchleſiſchen Sängerbundes.  
Geſungen werden die Lieder des 10. deutſchen Bundesfeſtes in Wien.

Eintritt: Erwachsene 30 Pfg., Kinder 10 Pfg.

**Sonntag, nachmittags 2 Uhr:**  
**Eröffnung des Feſtplazes**

Eintritt: Erwachsene 50 Pfg., Kinder 20 Pfg.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr:  
**Handball- Repräsentations- Kampf**  
nachmittags 6 Uhr:  
**Alte Trachten und Tänze**  
(Oberſchleſiſche Hochzeit u. a.)

Montag, nachmittags 4 Uhr:  
**Trachten und Tänze**  
(Oberſchleſiſche Hochzeit u. a.)  
nachmittags 8.30 Uhr:  
Erſter Aufſtieg der Luftkugel  
**Olivia Wilson**

# Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der RPD.

## Nach den Wahlen, neue Feuerungswelle

Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder zum außerparlamentarischen Kampf

Die Wahlversprechungen der bürgerlichen Parteien und der SPD. beginnen sich zu verflüchten. Nachdem für die in den wichtigsten Industriegruppen Beschäftigten durch Vereinbarungen oder Schlichtungsprache Tarifverträge abgeschlossen sind, die meist bis zum nächsten Frühjahr laufen, steht eine neue Feuerungswelle ein. Der Erhöhung der Kohlenpreise folgte auf dem Fuße die Erhöhung der Stahl- und Eisenpreise. Die Reichsbahn trifft Vorbereitungen, um durch Erhöhung der Tarife weitere 250 Millionen jährlich aus den Massen herauszupumpen. Die Erhöhung der Düngemittelpreise um 10 bis 12 Prozent ist bereits angekündigt. Mit der Erhöhung der Eisenbahntarife und der Düngemittelpreise ist die Feuerungswelle schon bei der Erhöhung der Lebensmittelpreise angelangt.

Die Drofflung der zollfreien Gefrierfleischzufuhr und die Ausdehnung des Einfuhrzollsystems auf Schweine und Schweißfleisch hat sich schon deutlich bemerkbar gemacht. Die Viehpreise sind in den letzten Wochen schon um 15 Prozent gestiegen. Die Durchführung des sogenannten „Notprogramms“ wird weitere Preissteigerungen für die wichtigsten Lebensmittel zur Folge haben. Weitere Missetzungen werden nicht lange auf sich warten lassen.

Dem Agrar, Trust- und Finanzkapital genügen die ungeheuren Profite des letzten Jahres noch nicht. Deshalb wird durch Ausnutzung der Monopolgewalt die Preisbremse angelegt, um die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung weiter herunterzudrücken.

Die Arbeiterschaft muß sich gegen die frechen Angriffe auf ihre an und für sich schon trostlose Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr setzen. Die bestehenden Tarife werden die Arbeiterschaft nicht abhalten dürfen, zwischenzeitliche Lohnsteigerungen zu erzwingen. Außer dem Kampf um höhere Löhne gewinnt der Kampf gegen den Preiswucher der kapitalistischen Monopole, gegen die Hungerlöcher und Massenleuern größere Bedeutung. Die werktätigen Klassen erkennen immer mehr, daß der Kampf um höhere Löhne keine Ergänzung im politischen Kampf gegen die Hungerpolitik des kapitalistischen Staates finden muß.

Die Arbeiter, die bei den Wahlen einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben haben, erhoffen von der Ablösung der Bürgerblockregierung durch eine Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten eine Erleichterung ihrer Lage. Zweifellos würde durch die unbefristete Einfuhr von Gefrierfleisch, durch Herabsetzung der Lebensmittelpreise und Steuererleichterungen für die werktätige Bevölkerung eine heilsame Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft möglich sein. Aber es wird sich sehr bald zeigen, daß die Bourgeoisie gar nicht daran denkt, den sozialdemokratischen Führern irgendwelche Konzessionen in diesen Fragen zu machen. Schon in der allerersten Zeit werden die sozialdemokratischen Arbeiter praktisch dafür den Beweis erhalten, daß auch von den sozialdemokratischen Ministern in der Reichsregierung die Hungerpolitik der Bürgerblockregierung fortgesetzt wird.

Vor den proletarischen Mitgliedern in den Konsumvereinen steht jetzt die Aufgabe, die in den Kreisen der Genossenschafts-

mitglieder noch bestehenden Illusionen hinsichtlich des Eintritts von Sozialdemokraten in die Regierung zu zerstören. Um die Genossenschaftsmitglieder von der Notwendigkeit des außerparlamentarischen Massenkampfes und der Eingliederung der Konsumvereine in die proletarische Kampffront zu überzeugen, müssen wir die Durchführung einer Anzahl im Interesse der Arbeiterschaft und der Konsumvereine liegenden Maßnahmen fordern. Bekanntlich haben ja die Sozialdemokraten im Reichstag gegen die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gestimmt, wie sie auch im Juli 1927 die Zollhöhung für Brotgetreide, Schweißfleisch, Zucker und Kartoffeln abgelehnt haben. Die sozialdemokratischen Minister der Länderregierungen mit den übrigen SPD.-Vertretern im Reichsrat haben aber sowohl der Zollhöhung im Juli 1927, wie der Einschränkung der Gefrierfleischzufuhr im März 1928 zugestimmt. Dieses Doppelspiel der sozialdemokratischen Politik haben große Schichten der werktätigen Massen nicht erkannt.

Die reformistischen Führer der Genossenschaft jammern seit Jahren über das Steuerunrecht, das für die Konsumvereine besteht. Unsere Aufgabe wird es jetzt sein, in Verbindung mit der unbefristeten Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch, der Herabsetzung der Lebensmittelpreise, auch die Befreiung der Konsumvereine von der Gewerbe- und Umsatzsteuer zu fordern. Die Befreiung des Ausnahmehandels gegen die Konsumvereine, für die unbefristete zollfreie Gefrierfleischzufuhr, für die Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine, für die Herstellung enger Beziehungen zu den Sowjetgenossenschaften, für die Verteidigung der Sowjetunion. Der diesjährige Genossenschaftstag muß der Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder zum außerparlamentarischen Kampf um Lohn und Brot gewidmet sein.

Würde die SPD. noch eine proletarische Partei sein, dann müßte sie sich dafür einsetzen, daß die GEG. das Recht der zollfreien Einfuhr zur Deckung des Bedarfs der ihr angeschlossenen Konsumvereine an Agrar- und Kolonialprodukte erhält. Aber alles das sind nur schöne Illusionen, die in ganz kurzer Zeit

## Wahlhilfe der Konsumvereine für die SPD.

Erst einige Zeit ist es her, wo die reformistischen Genossenschaftsführer darüber toben, weil die SPD. darauf hinweist, daß bei den Parlamentswahlen die Konsumvereine politisch, organisatorisch und finanziell für die Unterstützung der SPD. eingepreist werden. Einige Wochen sind seitdem vergangen, und schon ist zum ersten Male ganz offensichtlich beim Wahlkampf die Phrase der „Neutralität“ vergessen.

Nur vor den Wahlen, am 19. Mai, veröffentlichte die „Rundschau“ einen Artikel von Feuerstein über die Wahlen; darin wird erklärt, daß die Genossenschaften am Ausgang der Wahlen aufs härteste interessiert seien. An dem Beispiel der Gewerbe-, Umsatz-, Körperschaftsteuer und Zölle versucht Feuerstein, die Stellung der einzelnen Parteien zu bezeichnen. Er kommt zu dem Schluss, „eine der sogenannten bürgerlichen Parteien komme an sich als Interessenvertretung

der sozialdemokratischen Regierungsherrschaft wie Sellenblasen zerplatzt sein werden.

Durch Tatsachen müssen wir den nach an die Stimmzetteldemokratie glaubenden Genossenschaftsmitgliedern bewellen, daß nicht in den Parlamenten und nicht durch Regierungen mit Sozialdemokraten die Arbeiterschaft eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung bekommen wird. Nur im Kampf gegen das Unternehmertum kann das Proletariat seinen Anteil am Ertrage des Arbeitsproduktes erhöhen und nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf können die Werktätigen der freien Ausplünderung durch Wucherpreise, Zölle und Massensteuern begegnen. Und im Kampf um seine Existenz selbst wird die werktätige Bevölkerung auf die seinem Kampfe gefetzten Grenzen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft stoßen und die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Herrschaft erkennen.

Die Vorbereitung des am 7. Juli stattfindenden Internationalen Genossenschaftstages muß in diesem Sinne erfolgen. Der Internationale Genossenschaftstag muß zu einem proletarischen Kampf gegen die neue Hungeroffensive des Kapitalismus werden. Die Veranstaltungen am Internationalen Genossenschaftstag müssen unter den roten Fahnen des Klassenkampfes und den proletarischen Genossenschaftsforderungen stehen. Alle proletarischen Organisationen und die gesamte Arbeiterschaft muß an diesem Tage demonstrieren

gegen den Preiswucher der kapitalistischen Monopole, gegen die Hungerlöcher und die Massenleuern, für die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatz- und Gewerbesteuer,

für die Befreiung des Ausnahmehandels gegen die Konsumvereine,

für die unbefristete zollfreie Gefrierfleischzufuhr, für die Unterstützung der Arbeiterkämpfe durch die Konsumvereine,

für die Herstellung enger Beziehungen zu den Sowjetgenossenschaften, für die Verteidigung der Sowjetunion. Der diesjährige Genossenschaftstag muß der Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder zum außerparlamentarischen Kampf um Lohn und Brot gewidmet sein.

oder zur staatspolitischen Förderung der Konsumgenossenschaften in Betracht“. Ueber die SPD. schreibt er ausdrücklich: „Die Kommunisten scheiden aus, weil ihre Absichten und Methoden mit dem Willen und den tatsächlichen Grundfragen der Genossenschaftsbewegung in unklarem Widerspruch stehen. Genossenschaft ist Demokratie, aber nicht Diktatur.“

Die reformistischen Führer betrachten also die „Grundsätze“ der Genossenschaften als in Übereinstimmung mit der klassenfeindlichen Politik der SPD. befindlich. Deshalb wird in dem Artikel auch betont, daß nur die SPD. für eine „Säuberung des Genossenschaftswesens“ eintritt. Die klare Konsequenz ist also, daß bei den Wahlen alle Genossenschaftsmitglieder die SPD. wählen sollen. Damit ist also die bisherige raffinierte Demagogie, mit der die SPD. unterstützt wurde, verlassen und ganz offen, wie es die Gewerkschaftsbürokratie schon seit Jahren tut, für die Unterstützung der SPD. eingetreten worden.

Auch die Zeitung der Berliner Konsumgenossenschaft vom 16. Mai nahm zu den Parlamentswahlen Stellung. In ähnlicher Weise wie in der „Rundschau“ wurde die Stellung der bürgerlichen Parteien behandelt. Nur der SPD. wurde in dem Artikel eine viel größere Lobeshymne gesungen. Es steht da zu lesen:

„Die Sozialdemokratische Partei, ihrer Stimmen und der Mandatszahlen nach die stärkste Partei Deutschlands, hat sich stets uneingeschränkt für die Konsumgenossenschaften eingesetzt.“

Dann werden sogar „Berdienste“, die die SPD. den Konsumvereinen geleistet haben soll, aufgezählt. Von der SPD. wird gesagt, daß „bei Abstimmungen das Eintreten für die konsumgenossenschaftlichen Interessen festzustellen ist“. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Leider ersah diese Unterstützung eine starke Beeinträchtigung durch das bei jeder Gelegenheit gezeigte Bestreben der Kommunisten, die Konsumgenossenschaften der kommunistischen Partei dienstbar zu machen.“

Es wird dann auf Anträge aus der Generalversammlung der RGD. von vor einigen Jahren eingegangen und erklärt, daß die „Störungen und Schädigungen der genossenschaftlichen Entwicklung nicht fördernd seien. Die RGD. hat damit also auch ganz offen bei den Parlamentswahlen zu einer Stimmabgabe für die SPD. aufgerufen. Wie die anderen Konsumgenossenschaften im Reich, so hat die RGD. aber auch mit anderen Mitteln die SPD. unterstützen versucht. In dem Warenhaus wurden die Schalplatten mit den sozialdemokratischen Wahlreden vorgelesen und in der Genossenschaftszeitung den zehntausenden proletarischen Genossenschaftsmitgliedern empfohlen.

Jetzt behaupten die reformistischen Führer, daß sie den proletarischen Mitgliedern nur „objektiv“ die Stellung der einzelnen Parteien zu den Konsumvereinen unterbreitet hätten. Natürlich wurde das nicht getan. Denn weder ist in der „Rundschau“ noch in Berlin die Preisgabe der Interessen der Konsumvereine durch die SPD. behandelt worden. Wir verweisen auf die verschiedenen Tatsachen in unserem Artikel der letzten Nummer „Mißbrauch der Konsumvereine für die SPD.“

Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder haben die Aufgabe, dieses Verhalten zu kritisieren und sich mit aller Entschiedenheit gegen den Mißbrauch der Konsumvereine für die SPD. zu wehren. Gerade jetzt muß die heuchlerische „Neutralität“ als eine offensichtliche Unterstützung der SPD. und ihrer klassenfeindlichen Politik entlarvt werden. Den reformistischen Führern muß dieser Mißbrauch der Genossenschaften fernertun unmöglich gemacht und die Konsumvereine müssen durch die Aktivität der Mitglieder in proletarische Klassenkampforganisationen umgewandelt werden.

### 25 Jahre Zentralverband

Aus Mangel können wir die Abhandlungen über das 25-jährige Bestehen des Zentralverbandes Deutschl. Konsumvereine erst in der nächsten Nummer fortsetzen.

## Die Opposition auf den Unterverbandstagen im Mai

Auch in diesem Jahre kam es auf den wichtigsten Unterverbandstagen bei dem Auftreten der Opposition zu Auseinandersetzungen mit der reformistischen Bürokratie. Wie bisher, boten auch die diesjährigen Unterverbandstage das Bild der geistigen Erstarrung der Bewegung. Verschiedene Tagungen haben erst Sinn und Wert durch das Auftreten der Opposition erhalten. Die Besichtigung der Tagungen zeigte keineswegs die Stärke der Reformisten und der Opposition, da die Delegierten fast nur von den Verwaltungen ernannt und sehr selten von den Mitgliedern gewählt waren.

Die Tagesordnungen waren zum größten Teil belanglos. In der Hauptsache wurden die üblichen Geschäftsberichte abgelesen und das Material aus den gedruckt vorliegenden Geschäftsberichten wiederholt. Bemerkenswert war deshalb auf dem mitteldeutschen Verbandstag der Vortrag eines SPD.-Sekretärs für eine radikale Umgestaltung der Tagesordnung. Der Verbandsvorsitzende tat, als ob er einen solchen Vorschlag zum ersten Male gehört hätte, und versprach, schon im nächsten Jahre die Anregung zu vermerken. Wir zweifeln daran, daß mit den reformistischen Instanzen eine Änderung möglich ist.

Auf dem mitteldeutschen Genossenschaftstag in Blankenburg vom 5. bis 7. Mai trat die Opposition ziemlich gehäuft auf. Nach drei hundertlangen Geschäftsberichten behandelte Genosse Firleman-Allen die Frage der Zölle und des Gefrierfleisches und brachte eine Entschließung zum Kampf für die zollfreie Einfuhr des Gefrierfleisches ein. Genosse Sachs hatte sprach zur genossenschaftlichen Streitfrage und begründete eine Entschließung zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe. Dugalla-Merfeldt beschäftigte sich mit der Selbstverwaltung der Genossenschaften zu den Parlamenten und zeigte, daß die Genossenschaftsmitglieder nur für die SPD. eintreten können. Genosse Otto Ammendorf brachte die Forderungen für den Ausbau der GEG. und der lokalen Konsumvereine vor. Ein Schlußantrag verhinderte die weitere Aussprache. Der Vorsitzende weigerte sich über die beiden eingebrachten Entschließungen abzustimmen.

Für Sachse fand der Verbandstag am 28. und 29. April in Chemnitz statt. Die Bürokratie machte besondere Anstrengungen, in diesem Jahre rigoros gegen die Opposition aufzutreten. Genosse Pfeil-Chrenfriedersdorf begründete den Antrag des Konsumvereins für die Unterstützung der Arbeiterkämpfe. Genosse Franz-Pimbach sprach zur Bekämpfung der Konsumvereine und vertrat die Entschließung des Limbacher Konsumvereins. Von Schwarzenberg war ein Antrag für den Ausbau der GEG. und der lokalen Konsumvereine eingebracht. Die Abstimmung über die Anträge wurde vertagt, ebenso über eine Kundgebung für die freitenden und ausgeperrten sächsischen Metallarbeiter. Unsere Genossen sprachen auch zu den Statutenänderungen und zur Jubiläumstage.

hand seine Tagung ab. Nach dem Geschäftsbericht sprach Genosse Lud zur Stellung der Genossenschaften zu den Parlamentswahlen und zum Ausbau der GEG. und der lokalen Konsumvereine. Der Genosse Red-Gotha behandelte den Zoll- und Steuerraub und die Gefrierfleischfrage. Den Antrag des Konsumvereins Suhl für die Unterstützung der Arbeiterkämpfe begründete Genosse Gentz-Haidersbach. Interessant war, daß vom Konsumverein Sprotterode ein Antrag den Austritt der GEG. aus dem Arbeitgeberverband der Tabakindustrie forderte.

Für Rheinland-Westfalen fand der Verbandstag am 12. und 13. Mai in Bochum statt. Die eingereichten Anträge wurden bereits in der Vorkonferenz abgewürgt. Von Solingen forderte ein Antrag ein besonderes Referat über die Lage der Arbeiterklasse und die Aufgabe der Konsumgenossenschaften. Remscheid hatte Anträge für die Unterstützung der Arbeiterkämpfe, gegen den Zoll- und Steuerraub und für Statutenänderungen eingebracht. Nach den Geschäftsberichten sprach Gen. Pseudreich-Solingen über die Steuer- und Zollpolitik, während die Genossin Ehrlich-Remscheid den genossenschaftlichen Ausbau der Konsumvereine behandelte. Genosse Juliauf behandelte die Frage der Hypothekendarf.

Der Württembergische Verbandstag fand am 12. und 13. Mai in Calw statt. Genosse Hoppmann-Stuttgart sprach zu den Parlamentswahlen, während Genosse Klein-Öplingen den Ausbau der Konsumvereine forderte.

In Kesslin fand am 13. und 14. Mai der Österrische Verbandstag statt. Nach dem Geschäftsbericht behandelte Genosse Oberdorfer die Zoll- und Steuerpolitik. Bei dem Bericht über die genossenschaftliche Fleischversorgung wurde von Oberdorfer der Ausbau der Fleischverteilungsstellen und eine andere Arbeitsteilung zwischen lokalen Konsumvereinen und der GEG. gefordert. Durch raffinierte Demagogie wurde auch hier eine ausführliche Diskussion verhindert.

Von Süddeutschland liegt uns ein Bericht über die Tagung noch nicht vor. In Bayern, Sachsen und Nordwestdeutschland traten auch in diesem Jahre oppositionelle Delegierte in Folge der „Demokratie“ der reformistischen Instanzen nicht auf.

Die Opposition, die auf allen Tagungen das Ohr der Teilnehmer fand, hat ihre Vorschläge zum geschäftlichen Ausbau der Konsumvereine und deren Eingliederung in die einheitliche proletarische Kampffront nicht durchgeführt. Von der Tribune des Genossenschaftstages wandte sich die Opposition aber an die Mitgliedschaft in den Konsumvereinen. Überall muß jetzt eine Verankerung über die Unterverbandsdinge gefordert werden. Die proletarischen Mitglieder sind vor die Entscheidung zu stellen, ob sie das Verhalten der reformistischen Führer auf den Tagungen billigen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Entschuldigungen schon wesentlich anders ausfallen.

# Internationale Politik

## Außenpolitische Wochenschau

Amerika und der Antikriegspakt — Frankensabstimmung und Bericht des Reparationsagenten — Der „Deutsche Volkswirt“ — Johnsons Fids

Die Rede, die Kellogg kürzlich zur näheren „Erläuterung“ seiner Stellungnahme zum gegenwärtigen Stand der „Antikriegspakt“-Debatte gehalten hat, zeigt jedenfalls das eine, daß der amerikanische Imperialismus keinerlei grundsätzliche Konzessionen an den französischen Standpunkt machen und es unbedingt ablehnen will, das System der europäischen „Sicherheitsverträge“ unter seine Fittiche zu nehmen. Natürlich wurde das in höflicher Form gesagt — aber der Sinn ist eindeutig: es sei selbstverständlich, daß im Falle eines Angriffes die angegriffenen Staaten berechtigt seien, sich zu verteidigen und daß dann der Antikriegspakt gegenüber dem Angreifer außer Kraft trete — man sei bereit, anderen besonders interessierten Staaten (worunter offenbar Polen und die Länder der kleinen Entente gemeint waren) die Beteiligung am Antikriegspakt zu gestatten. Aber dazu sei eine Wenderung des seinerzeit von ihm vorgeschlagenen Paktextes nicht notwendig. Mit dieser Erklärung sind natürlich stillschweigend die weitergehenden französischen Wünsche zurückgewiesen, so wie Kellogg auch bemerkenswerterweise die englischen Ansprüche auf Garantie bestimmter Gebiete, in denen England „im Interesse der Ordnungserhaltung“ zum beliebigen Kriegsführen berechtigt ist, mit keiner Silbe erwähnt hat. Es ist klar, daß in dem Augenblick, wo die chinesische Entwicklung alle Gegenstände im Stillen Ozean zugespitzt hat, wo die Möglichkeit einer endgültigen japanischen Festsetzung mit englischer Unterstützung auf chinesischem Boden nahelegt — es ist klar, daß in einem solchen Augenblicke der amerikanische Imperialismus keinem anderen das Recht zugestehen wird, irgendwo „Ordnung zu schaffen“.

Uebersichtlich, zu betonen, daß der amerikanische Imperialismus kraft seiner besonderen göttlichen Sendung von dieser Regel eine Ausnahme macht. Immerhin ist es auf der gegenwärtig laufenden Konvention (die nach unseren Begriffen einem sehr erweiterten Parteitag entspricht) der regierenden republikanischen Partei ausdrücklich betont worden: die Regierungspolitik gegenüber Nicaragua sei die einzig mögliche und gerechte — niemand dürfe an der Monroe-Doktrin (also an dem Rechte des amerikanischen Imperialismus, auf dem nord- und südamerikanischen Kontinent „Ordnung zu schaffen“) rütteln. Und dazu wurde noch erklärt, daß ein Eintritt Americas in den Völkerbund keinesfalls in Frage komme, daß man sich derartigen Instanzen keinesfalls unterwerfen könne... Da kein Mensch praktisch an die Möglichkeit eines amerikanischen Eintritts in den Völkerbund denkt und die Frage durchaus nicht zu den aktuellen Problemen der amerikanischen Politik gehört, so kann diese Erklärung nur einen Sinn haben: über ihren unmittelbaren Inhalt hinaus den Gedanken irgendeines amerikanischen Interesses am Völkerbund zurückzuweisen — oder, um es konkreter auszudrücken, sich dagegen zu verwahren, daß die Bestimmungen des Antikriegspaktes einmalige Völkerbundskriege von vornherein sanktionieren und also den amerikanischen Imperialismus verpflichten, diese Kriege als „gerecht“ anzuerkennen... Wichtiger, als alle diese Erklärungen, die schließlich nichts wesentlich Neues bringen, ist die praktische Tat des republikanischen Parteitages: die Aufstellung Hoovers, des ausgesprochenen Vertreters einer imperialistischen Expansionspolitik als Präsidentschaftskandidat — trotz des stürmischen Protestes der Farmer der Weststaaten, die sich durch die Politik des regierenden Republikaners (der gegenwärtige Präsident brachte, was immerhin einige Monate vor der Neuwahl bemerkenswert ist, sogar den Mut auf, seine Unterschrift auf die Gesetzesvorlagen für Staatshilfe an die Farmer zu verweigern) benachteiligt fühlen. Daß die regierende Partei diese Provokation der bäuerlichen Bevölkerung, die ihr Millionen Wählerstimmen kosten kann, so ohne weiteres riskiert, läßt sich nicht anders erklären, als durch die eiserne Überzeugung der amerikanischen Großbourgeoisie, daß eine aktive, von Kleinbürgerlichen Forderungen ungehört Expansionspolitik heute im Lebensinteresse des amerikanischen Imperialismus liegt.

Eine solche Expansionspolitik hat heute (von den unmittelbaren Annexionsversuchen in Südamerika abgesehen) zwei Hauptangriffspunkte: China und Europa. An beiden Punkten handelt der amerikanische Imperialismus ohne großen Lärm. Daß er in China die japanische Intervention durch unmittelbare Drohungen zu hindern sucht, ist immerhin notorische und nach dem Stand der amerikanischen Interessen ja auch selbstverständliche Tatsache. In Europa spricht man noch weniger — außer vom „Frieden“. Immerhin gibt es zwei Tatsachen, die — auch wenn die amerikanischen Imperialisten Klugerweise schweigen — für sich allein sprechen: die Tatsache, daß die französische Regierung sich entschlossen hat, bei der Frankensabstimmung nicht die englische, sondern die amerikanische Währung als Grundlage anzunehmen — und der letzte Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert.

Die wirtschaftliche und finanzpolitische Bedeutung des Gilbert-Berichtes zu besprechen, ist hier nicht der Ort. Daß Gilbert am Schluß erneut die Frage der endgültigen Festsetzung der Reparationssumme aufwirft, ist auch weiter nicht originell — es ist nichts weiter als der Köder, der der deutschen Öffentlichkeit hingehalten wird, für den Fall, daß alle Befehle brav und gehoramt ausgeführt werden — dazu noch ein Köder von sehr zweifelhaftem Charakter, denn der Wert einer endgültigen Festsetzung der deutschen Reparationssumme für die deutsche Bourgeoisie hängt ganz davon ab, wie diese Festsetzung konkret aussieht, worüber Gilbert eben schweigt.

Aber es muß hier daran erinnert werden, daß mit Gilberts Bericht der amerikanische Imperialismus außer seinem im Wadepakt und den Schuldenabkommen festgelegten „guten Recht“, dem zur Bestimmung der Wirtschaft-, Sozial- und Finanzpolitik der europäischen Länder, sowie außer seinem „Friedenswert“, das im Antikriegspakt

verkörpert werden soll, nämlich dem Recht zur Entscheidung darüber, welche Kriege „gerecht“ und welche Außenpolitik zulässig sein soll — noch eine neue Kompetenzsphäre beansprucht, nämlich das Recht zur unmittelbaren Bestimmung der Regierungskonstellation in Deutschland. Wir müssen hier daran erinnern, daß knapp nach den Maingebirgen angeführten Reichsbahnforderungen nach Tarifierhöhung die deutsch-nationale Presse sich in Andeutungen darüber erging, daß die abtretende Regierung — natürlich „gegen ihren Willen“ — durch „ausländische Einflüsse“ gezwungen werden könne, der Tarifierhöhung zuzustimmen. Nun sind die „ausländischen Einflüsse“ — in Gestalt von Parker Gilberts offen ausgesprochener Forderung nach Tarifierhöhung — da: aber sie kamen „zufällig“ gerade zu der Zeit, wo die Bürgerblockregierung schon zurückgetreten und die Regierung der Großen Koalition in Übung begeben war. Kommt die Koalitionsregierung zustande, so wird sie — kraft der Funktion, die der bürgerlichen Regierung in Deutschland, die Befehle des amerikanischen Finanzkapitals durchzuführen — ihre Tätigkeit jedenfalls mit der Tarifierhöhung beginnen müssen — und das bedeutet nichts anderes, als die denkbar größte Ermüdung, die der Reparationsagent den verlässlichen Tendenzen, die neue Koalition möglichst rasch abzuwickeln zu lassen, gewähren kann. Und so war die Sache ja wohl auch gemeint.

## Die Lösung der Selbstkritik

### Ein Aufruf des ZK. der KPD.

Das Zentralkomitee unserer russischen Bruderpartei veröffentlicht einen Aufruf an alle Parteimitglieder und alle Arbeiter. In diesem Aufruf wird eine scharfe Kritik an den Krankheiten des Wirtschafts- und Staatsorganismus, wie sie sich in der Schachthütten-Angelegenheit gezeigt haben, geübt. Die sozialdemokratische Presse glaubt auch in diesem Falle, aus der Selbstkritik der russischen Revolution, für sich Kapital schlagen zu können. Wir sind überzeugt, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter vertieft, daß gerade in der Kritik der Selbstkritik die stärkste Gewähr für den Sieg liegt. Wir veröffentlichen im Nachstehenden die wichtigsten Teile des Aufrufes:

Die Redaktion.

## Aufforderung zu strenger Selbstkritik

Entschlossen und ohne Furchte bedie und bedt die Partei alle Krankheiten und Geschwüre unseres Wirtschafts- und Staatsorganismus vor dem ganzen Lande auf. Die Partei hat die Verantwortlichen zu einer strengen Selbstkritik aufgefordert, um diese Selbstkritik zum Hebel des Kampfes für die wirkliche Verbesserung des ganzen Apparates zu machen.

## Die Pfaffen werben

„Die Presse ist die wirksamste Waffe im Streit der Weltanschauungen. Wer sie besitzt, beherrscht die Gemüter und die Herzen der Menschen. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Katholiken, die Presse, die offen und unausgesetzt für die katholische Kirche und Weltanschauung sowie für das katholische Volk eintritt, zu unterstützen und mit allen Kräften zu fördern.“

So heißt es in der von dem großen Katholikentag in Breslau einstimmig angenommenen Entschließung zur Pressefrage.

Die Zentrale des ober-schlesischen Alerus ruft allen ober-schlesischen Katholiken die mahnenden Worte der Bischöfe und Päpste in Erinnerung: „Ihr werdet vergebens Kirchen bauen, so ihr nicht eine gute katholische Presse habt!“ (Aus der Entschließung in einer Versammlung der Zentrale des ober-schlesischen Alerus.)

Die schlauen Pfaffen haben erkannt, worauf es ankommt. Sollen sie mit ihrem Beginnen Erfolg haben? Verkündige, lest die Artikel in der heutigen Nummer, die die Taten der Pfaffen schildern. Studiert auch die anderen Artikel aufmerksam. Ihr werdet erkennen, daß nur die „Arbeiter-Zeitung“ ehrlich eure Interessen vertritt. Gebt heute noch ein Abonnement auf

## für die „Arbeiter-Zeitung“

rates zu machen, für den wirklichen und nicht papierernen Kampf gegen den Bürokratismus, für den Massenkampf gegen alle Feinde, angefangen bei den Anstalten und „Saboteuren“, bis zu den Elementen der Zerlegung in unseren eigenen Reihen.

Die Lösung der Selbstkritik, ohne Rücksicht auf die Person, die Kritik von oben bis unten und von unten bis oben, ist eine zentrale Lösung des Tages.

Die Partei hat schon viel für die Organisierung dieser Selbstkontrolle und Selbstkritik getan, indem sie eine entsprechende Kampagne in der Presse durchführt und auf diese Weise diese Sache unterstützt. Aber die wichtigste Aufgabe ist, die von unten und entgegenkommende, mächtige, schöpferische Welle der Selbstkritik zu heben, die wirklich die ganze Masse der Partei, Gewerkschafts-, Sowjet- und andere Organisationen aufspritzt und verbessert.

Daher wird nur durch konsequente Durchführung der innerparteilichen und innergewerkschaftlichen Demokratie, der entschiedenen Wählbarkeit der Partei- und Gewerkschaftsorgane, der Möglichkeit, jeden Sekretär, jedes Büro, jedes Komitee usw. jederzeit abzulösen, — eine wirklich dauernde Kontrolle der Massen geschaffen, werden die bürokratischen Auswüchse in unserem Apparat beseitigt und die eventuellen Erscheinungen vom bürokratischen Druud, Protektionismus, Beamtenhochmut, Starrsinnigkeit, Vernachlässigung der Interessen der Massen und kleinbürgerlicher Gemüchlichkeit vernichtet. Ohne diese Maßnahmen wird die Lösung der Selbstkritik zu einem Papierleben, der in den Augen der Massen sowohl die Lösung, wie die Partei-

## Aufgaben der Partei

Auf dem Gebiete der Parteiarbeit sind folgende folgende Maßnahmen zu treffen und folgende Aufgaben zu lösen:

1. Die Freiheit der innerparteilichen Kritik zu sichern, wodurch jener Praxis ein Ende gemacht wird, die jeden selbständigen Gedanken und jede Kritik im vornhergehen als „Abwechslung“, „Spitzbüberei“ usw. brandmarkt.

2. Vollständige Wählbarkeit der Parteiinstanzen zu sichern.

3. Jener Praxis ein Ende zu machen, wonach die Verantwortlichkeit von Kommuniken gemildert wird in verschiedenen administrativen und Gerichtsverfahren. Wir müssen daran denken, daß Lenin gegenüber den Parteimitgliedern die Anwendung eines strengen Maßes verlangte und daß er die Verurteilung der Schuld und der Schuldigkeit jedes Parteimitgliedes, welche hohe Stellung es auch immer innerhalb der Parteiorgane bekleide, als ein Verbrechen gegen die Partei bezeichnete.

4. Die Parteiarbeit unter den Massen muß erweitert werden, indem wir besonders große Aufmerksamkeit den neuen Arbeiterkreisen zuwenden, der Arbeiterjugend und den proletarischen und halbproletarischen Schichten des Dorfes. Deshalb müssen die Parteizellen nicht nur in den Fabriken und Werken, sondern auch in den Meistkassernen, Arbeiterwohnungen und Gemeinschaftshäusern, in den öffentlichen Speisehäusern und in den Klubs arbeiten.

5. Die Qualität der Arbeit muß gehoben werden, indem die Parteimitglieder dagegen kämpfen, daß das proletarische Gemeinschaftsleben durch administratives Kommando und kleinliche Bevormundung seitens der Parteiorganisationen ersetzt wird. Die unklare, radikalistische Diskussionsmethode muß aus der Partei und Gewerkschaftsorganisation, insbesondere in bezug auf die einzelnen Arbeiter, verdrängt werden.

6. Die soziale Zusammensetzung der führenden Parteiorgane muß verbessert werden, indem sowohl eine maximale Verbundenheit des Parteialtkivs mit den Massen, wie auch eine wachsende Qualifikation dieses Altkivs auf vielen Gebieten, vor allem auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Arbeit (Technik, Industrie, Agronomie usw.) gefordert wird.

7. Es muß erkämpft werden, daß die Methoden der Beeinflussung der Massen durch die Kommuniken vor allem in einer vorbildlichen und nachahmenswerten Arbeit der Parteimitglieder selbst bestehe und daß die Parteimitglieder, mit Unterstützung der parteilosen Arbeiter, einen entschiedenen Kampf gegen „Sittenfäulnis“ von Kommuniken führen.

## Aufgaben des Sowjetapparates

Auf dem Gebiete des Sowjetapparates müssen vor allem folgende Aufgaben mit aller Energie geleistet und gelöst werden:

1. Kampf gegen den Bürokratismus und weitere Kämpfe Vereinfachung des Apparates.

2. Beförderung von Arbeitern auf staatliche und staatswirtschaftliche Posten, wobei diese Beförderung im Laufe der konsequenten, systematischen, unermüdlichen täglichen Arbeit vor sich gehen muß.

3. Schaffung von Kadern wirklich gelernter, ausgebildeter und qualifizierter Arbeiter, neuer Spezialisten, die der Sowjetmacht unbedingt erfordern sind. Schaffung neuer roter Spezialisten aus Leuten der Arbeiterklasse, Schaffung einer Intelligenz der Arbeiterklasse, Heranziehung der bereits vorhandenen qualifizierten Kadern der proletarischen Intelligenz an den Sowjet-, Wirtschafts- und Genossenschaftsapparat.

4. Verbesserung der Struktur des Staatsapparates und seine Anpassung an die Anforderungen der wachsenden sozialistischen Wirtschaft.

Das Ausmaß des sozialistischen Aufbaues und die ungeheure Komplexität der Arbeit erfordern von der Arbeiterklasse und von ihrer Partei ungeheure Anstrengungen und eine ständige Selbstbildung. Die Arbeiter verreiben aus ihren Reihen alles Faulen und Entartende, sie kämpfen systematisch gegen den Feind und stellen ebenso systematisch immer höhere Anforderungen an sich selbst, sie werden alle Schwierigkeiten überwinden und entscheidende Siege erzielen. Das ZK. ist fest überzeugt davon, daß alle treuen Soldaten unserer großen Partei in den ersten Reihen der proletarischen Armee stehen werden, um die Aufgaben zu lösen, und daß sie mit persönlichem Beispiel, mit ihrer unerbittlichen aber schöpferischen und politischen Selbstkritik, mit ihrer selbstlosen Arbeit die Millionen des Proletariats hinter sich führen werden.

Besichtigen Sie unsere Auslagen! 95 Pf. 1.45 1.95 Serien-Tage 2.45 2.95 3.95 Beginn: Sonnabend, den 16. Juni 1928

Alle Abteilungen wetteifern in dem Bestreben, Ihnen in dieser Verkaufs-Veranstaltung Vorteile über Vorteile zu bieten!

Preise und Qualitäten beweisen unsere Leistungsfähigkeit!

Damen-Wäsche / Strickwaren / Taschentücher / Schürzen / Bade-Artikel / Frotte-Artikel / Strümpfe / Handschuhe / Trikots / Herren-Artikel

Gardinen / Baumwollwaren / Kurzwaren / Splizen / Mädchenkleider, Spielanzüge und Kittel aus Waschstoffen

Damen-Hüte Serie I 2.95 Mk. Serie II 3.95 Mk. Serie III 4.95 Mk.

Hindenburg Gebrüder Markus Gleiwitz Os.

# Gaststätten Gebrüder Wolff in allen Stadtteilen

**Sobitzicks**  
Kakao und Schokoladen  
hervorragend im Geschmack  
hoher Nährwert  
kräftigend und bekömmlich

**Franz Sobtzieck**  
Ratibor / Breslau / München

Macht Regenwasser  
mit Reger-Bleiche!



Auch ohne Himmelschritt, nur durchs Erproben,  
wird man die Reger-Bleiche immer loben;  
und wer von Seife irgend was versteht,  
der lobt der Reger-Seife Qualität!

65  
Pfg.

Lohnende  
Lebens-  
stellung

Herr oder Dame  
im Alter von 20-40  
Jahren mit etwas  
kaufmännisch. Kennt-  
nissen und kundig  
in der Kurwaren-  
u. Futterstoffbranche  
ist und auch kleine  
Kautions als Sicher-  
heit stellen kann und  
Zeugnisse besitzt, wird  
sofort eingestellt.

**Lippert,**  
Breslau,  
Heinrichstraße 16

**Molkerei Klein-Mochbern**  
Inh.: Reinhold Gotthardt  
Groß- u. Kleinhandel, Hauptgeschäft: Pörs'ers's  
Tiefgekühlte, haltbare Vollmilch  
Eier, Butter, Käse

2 Gebett Betten  
m. gut Füllung, echt.  
Einbett 28 M., einzeln  
Doppelt 18 M., einz.  
Riffen 4.75, gut. Fed.  
p. Wb. 1.85 u. höher  
**Sonnenstraße 30**  
Friedländer

Suche Seifenverkäufer  
20 Muster Wk. 2.40  
rante Nachnahme  
**P. Holfer**  
Püttnerstr. 23/7

Riesige Auswahl! — Staunend billige Preise!

**Kinderwagen**  
Promenadenwagen  
Klapwagen  
Metall-Bestellen  
Korbmöbel  
Kinderklappstühle  
Puppenwagen

Sebenswerte Ausstellung i. a. Abteilungen

**Suchancke**  
Breslau, Ohlauer Straße 14

**Ich muß raus**  
wegen Kündigung meines Ladens  
und verkaufe, um zu räumen:

Damentleider für 0.50, 0.75, 1.75  
Höde, teils pliffiert 5.50, 3.00, 1.85  
Kafats, Woile, Wascheide und  
Wuffelin 3.75, 2.50 0.95

**Nur bei Fuchs**  
Breslau, Friedrich-Wilhelm-Str. 31

**Mod. Nußbaum-Büfett**

elchens Speisezimmer, komplett 650.—  
elchens Schlafzimmer, komplett 475.—  
elchens Herrenzimmer, komplett 650.—  
Waschschrank 3 teil. 98.— Ausziehtische 45.—  
2 verteilten Eiche mit Pat. u. Auflegematr. 165.—  
2 verteilten Erie u. Nußb. einz. Wäschränke  
Eiche u. Nußbaum, mod. Schreibe Eiche sowie  
poliert. Chaiselongue und Sölas in jeder Preislage

**Albert Nowotny, Weidenstr. 23/24**

**Infanten**  
haben in unserer  
Zeitung  
**Kaufm. Erfolg**

# HAASE-BIERE Schlesiens beliebte Marken

**Fahrräder** die allerbesten  
Marken-Fabrikate  
wie Opel, Diamant, Panzer usw.

500 Stück Spezialräder bauend am Lager in bester  
Auswahl Mk. 55.-, 65.-, 75.-, 85.-

**Theodor Dürsel / Görlitz**  
Obermarkt 2

Reparaturen  
**Foto-Abteilung**  
Teilzahlung gestattet  
Bei Kauf eines Foto-Apparates (ganz  
gleich welcher Preislage)  
unterricht gratis!  
Sämtl. Foto-Arbeiten werden sauber  
und preiswert erledigt

**Löwen-Drogerie**  
88. H. Weberstr. 12, Ecke Elisabeth-  
straße, gegenüber der Reichsbank.

**Fahrräder**  
Nähmaschinen  
Teilzahlung gestattet  
sämtl. Reparaturen u. Ersatzteile

**Ernst Hänchen**  
Görlitz, Nikolaigraben 2

**Arbeiter-Samariter-Bund**  
e. B. — 15. Kreis, 7. Bezirk

**Der Blumen- u. Kartenverkauf**  
für die genehmigte Straßensammlung findet für die  
Kolonnen des Kreises Waldenburg einschließlich  
Rothendach und Freiburg am Sonntag, dem  
17. Juni und Sonntag, den 24. Juni, statt.  
Um regen Zuspruch bittet Der Bezirksvorstand.

**Waldschlößchen**  
Bier  
das lob ich mir

Hauptniederlage der Societätsbrauerei Waldschlößchen, Dresden  
Görlitz, Brautwiesenstr. 17/18 — Fernsprecher 1089

**Fahrräder**  
Ersatzteile  
Reparaturen

**R. Nicolmann**  
Görlitz, Untermarkt 5

**Fahrrad-Haus Ebner**  
Görlitz, Elisabethstraße 25

empfiehlt:

**Fahrräder**  
Sprechapparate  
Schallplatten

Reparaturen Teilzahlung gestattet  
Spez.-Aufnahmen der RFB.-Kapellen, Berlin

**Galbrenner**  
Damen- und Herren-  
Räder von 58 - Mark an  
Freil. 1 J. Garantie  
auch Teilzahlung  
Wochenraten von  
3 RM an

**Unterhaltenes**  
Dam.-u. Herr.-Rad billig  
Krit. Görlitz  
Brautwiesenstr. 28

**Enorme Auswahl!**  
10 bis 20 Mark Anzahlung  
12 bis 20 Mark Abzahlung  
Keine Zinsenberechnung!

**Franz Birke**  
Dittersbach, Haltestelle Zoll

**Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik**  
**Gerhard Hentschel**  
Lauban i. Schl. Telefon 233  
**Frühstückstube**

**Hirschberg im Riesengebirge**  
Geöffnet sind Sonntag, den 17. Juni,  
die Fisch-Apothek, Bahnhofstraße 17.  
Diese verbleibt bis Sonnabend, den 23.  
Juni, früh, den Nachtdienst.

**Auch**  
**Fahrräder**

kauft man bei uns  
sehr vorteilhaft

Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.  
**STREHLER**  
Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

# Ein Waggon billiges Porzellan!

Der Verkauf beginnt Freitag, den 15. 6., früh 8 1/2 Uhr

mit kleinen Fehlern	mit kleinen Fehlern	mit kleinen Fehlern	mit kleinen Fehlern
3 Eßsteller weiß Feston zusammen 95 Pl.	Butterdose weiß . . . . . 95 Pl.	Kaffee-Becher weiß . . . 25, 18 Pl.	Kuchenteller 26 cm, mit schön. Dekor. 95 Pl.
4 Abendbrotsteller weiß zus. 95 Pl.	Salatschüssel ca. 22 cm . . 38 Pl.	3 Obertassen weiß, große Form . . . . . 95 Pl.	Satz Schüsseln 5 teilig mit Goldrand Feston . . . . . 2.95
Kaffeekrug weiß . . . 1.35, 95 Pl.	3 dünne Tassen m. Untertasse weiß 95 Pl.	Kaffeekanne stark, für 6 Personen . . . 1.35	Cremesatz oder Eissatz mit entzück. Must., 7 tlg. . . 2.95
Sauciere weiß Feston . . 1.35, 95 Pl.	4 Tassen weiß, m. Untertassen verschied. Formen 95 Pl.	Kaffee-Becher mit schön. Kantendek. 35 Pl.	3 Kuchenteller 17 cm, durchbrochen mit Blumendekor . . 95 Pl.
Bratenplatte weiß Feston 31 29 27 cm 1.45 1.25 95 Pl.	3 Tassen mit Untertassen mit Goldrand . . . 95 Pl.	Eierbecher weiß . . . . . 10 Pl.	Blumenvase mit schönem Dekor . . . . . 48 Pl.

**Kaffeesevice**  
für 2 Personen  
5 teilig, weiß . . . 95 Pl.

# Barasch-Gleiwitz

**Kaffeesevice**  
für 6 Personen  
9 teilig, weiß . . . . . 2.95



# Breslau

Heute 20 Uhr:

## Die Lieblichhöhe in Flammen

Morgen 9 Uhr, im Ohlauer Tor, Mollwitzer Straße: **Große Straßen-Statuen-Läufe** der Jugend-, Frauen- und Männer-Mannschaften. Gegen 100 Käufer am Start!

Morgen 15 Uhr, Weidendammsandbrücke—Postelhöhe **Massenaufschwimmen und Massen-Bootsaufahrt** der Arbeiter-Wasserportvereine

## Note Mehrheitsausnutzung auch für das Jungproletariat

Der kommunistische Jugendverband hatte an eine Reihe von proletarischen Jugendorganisationen, wie die Jungsozialisten, die Sozialistische Arbeiterjugend, das freigewerkschaftliche Jugendkartell usw. ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

Breslau, den 5. Juni 1928.

An alle proletarischen Jugendorganisationen!  
Werte Genossen!

Am 30. Mai haben die Breslauer Arbeiter sich eine rote Mehrheit im Stadtparlament geschaffen. 40 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten und 11 Arbeiter werden die Aufgabe haben, den Willen der Breslauer Arbeiterklasse dadurch zu vollstrecken, indem sie diese rote Mehrheit für ihre Interessen ausnutzen. Diese Einheitsbestrebungen kamen nach den Wahlen unter anderem auch durch den Beschluß des Betriebsrates von Dorndorf und des Gesamtbetriebsrates der Stadtverwaltung Breslau zum Ausdruck.

Auch die Organisationen der Arbeiterjugend haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese rote Mehrheit auch im Interesse der Jungarbeiter ausgenutzt wird.

Um die Anträge der Arbeiterjugend auf den verschiedensten Gebieten der Jugendpflege zusammenzufassen und ein einheitliches Vorgehen aller Jugendorganisationen zu erzielen, schlagen wir vor, ein sogenanntes „Komitee zur Ausnutzung der roten Mehrheit für die Jungarbeiter“ zu bilden, in welches die Jungarbeiterorganisationen Vertreter zu entsenden haben. Ein solches Komitee könnte z. B. sofort an das Stadtparlament etwa folgende Anträge stellen:

### A. Auf dem Gebiete des Schulwesens:

#### a) Fortbildungsschule:

1. Abschaffung der Prügel- und Arreststrafe,
2. Verlegung der Fortbildungsschulzeit in die Arbeitszeit,
3. Freistellung der Lernmittel für die Schüler;

#### b) Volksschule:

1. Restlose Durchführung der Schullindererpeisung,
2. Abschaffung der Prügelstrafe,
3. Freistellung der Lernmittel.

### B. Erwerbslosen-Jugendfürsorge:

1. Restlose Durchführung der Speisung von jugendlichen Erwerbslosen unter 18 Jahren,
2. freie Benutzung der städtischen Badeanstalten,

### C. sowie andere berechnete Forderungen der Arbeiterport- und Kulturorganisationen.

Um mit diesen Arbeiten beginnen zu können, schlagen wir vor, am Donnerstag, dem 14. Juni, im Gewerkschaftshaus, 20 Uhr, zu einer Vorbesprechung zusammenzutreten. Sollte etwa dieser Tag unpassend sein, so bitten wir bis Montag, den 11. Juni, andere Vorschläge an uns gelangen zu lassen. Im Bewußtsein, hiermit den Willen der Jungarbeiter für ein einheitliches Vorgehen zum Ausdruck gebracht zu haben, schließen wir

mit proletarischem Gruße

W. des K. V. Schließen.

Zu der vorgestrichen Sitzung war von den obengenannten Verbänden niemand erschienen. Schriftliche Antworten lagen nur vom Arbeiterportkartell, das mitteilte, die Vertretung der Forderungen sei von den proletarischen Parteien zu verlangen, und von den Jungsozialisten vor. Die letzteren haben die Einladung an ihre Gauleitung weitergegeben, die dazu Stellung nehmen soll. SWJ- und Jugendkartell hatten nicht einmal geantwortet. Sie haben damit gezeigt, wie wenig sie ihrer Aufgabe, Arbeiterjugendorganisationen zu sein, gerecht werden. In einem besonderen Artikel werden wir noch auf das Schreiben des kommunistischen Jugendverbandes und die Stellungnahme der eingeladenen Gruppen zurückkommen.

**Gausammlung der Arbeiteramarter.** Die dem Arbeiteramarterbund in der Provinz Niederschlesien genehmigte Gausammlung wird von den Kolonnen Breslau, Neukirch, Stabelwitz, Deutsch-Wissa und Hundsfeld im Bereich des Stadtgebietes Groß-Breslau am Freitag, dem 15., und Dienstag, dem 26. Juni, durchgeführt. Es erübrigt sich, auf die anerkennliche und segensreiche Tätigkeit der Arbeiteramarter besonders hinzuweisen. Sei es in den Betrieben, bei Sport, Spiel oder den großen Festen der Arbeiterklasse, immer sind sie zur Stelle und betätigen sich auf dem Gebiete praktischer Nächstenliebe. Jeder gebe sein Scherflein für die Arbeiteramarter! Die Durchführung der Sammlung geschieht mittels Sammelkisten, die von den Mitgliedern in den Häusern verteilt werden. An jeden Freund und Gönner der Arbeiteramarter ergeht die Bitte, die Sammelkiste, die ihm überbracht wird, im Hause in Umlauf zu setzen, so daß sie am zweiten Tage von den Mitgliedern wieder abgeholt werden kann.

**Die Lieblichhöhe in Flammen.** Wie die Zeitung des Breslauer Arbeiter-Sportkartells soeben mitteilt, wird am Sonnabend, ab 7 Uhr, am Mischhäuschen an der Taschenstraße eine größere Anzahl von Lampen für die Kinder der Zuschauer gegen Entlohnung der Ankeren bereitgehalten werden. Das Entzünden der Lichter geschieht gleichzeitig mit der gesamten Beleuchtung, die durch einen Kanonenschlag angefangen wird.

**Bermittelt wird** seit dem 14. Juni der 14 Jahre alte Schüler Kurt Jüttner, am Dorfrieden 8 wohnhaft.

**Im Josefkrankenhaus erhängt.** Am Donnerstag erhängte sich in einem Krankenzimmer des Josefkrankenhauses eine 63jährige Witwe aus der Kronprinzenstraße.

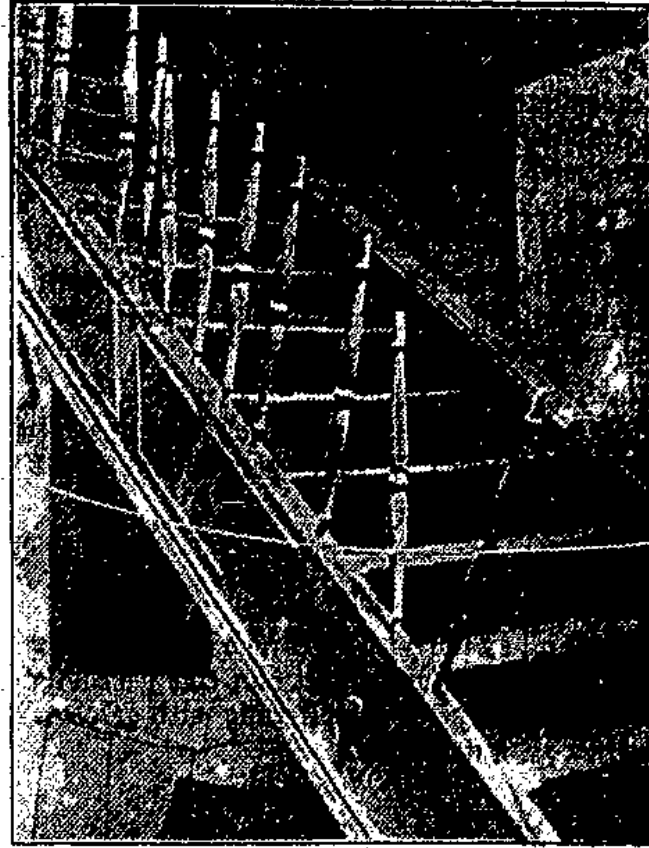
# Stätten des Wohnungselends

Ein haufälliges Haus wird noch immer bewohnt

Breslau, 16. Juni.

Unter der obigen Überschrift wird die „Arbeiter-Zeitung“ nunmehr eine Artikelserie bringen, die in die Stätten des furchtbarsten Breslauer Wohnungselends hineinkleuchtet.

Unser erster Weg führt uns in die innere Stadt. In jenen engen, licht- und sonnenlosen Gäßchen, deren Häuser noch aus früheren Jahrhunderten stammen, die verwittert und halb eingestürzt sind, und in denen doch noch Menschen hausen müssen. Es ist ein kennzeichnendes Breslaus, daß diese ungesunden Straßen gleich neben prächtigen



vollen, großen Geschäftshäusern liegen, in denen Riesensummen verdient werden, die wiederum ihren weiteren Ausbau ermöglichen. Um die kleinen, alten Wohnhäuser aber kümmert sich niemand mehr. Wenn auch der Mauerputz herunterfällt, die Balken verfaulen und die Trep-

pen beim leisesten Schritt fast zusammenbrechen — es bleibt beim alten. Höchstens erscheint einmal die Baupolizei, besichtigt das Haus und erklärt es für haufällig. Damit ist für die Behörden die Sache ausgestanden. Daran, jenen bedauernswerten Menschen, die in solchen Standsquartieren hausen müssen, und deren große Sehnsucht es ist, endlich einmal eine Wohnung zu bekommen, an deren Fenstern sich die Sonne spiegelt, zwischen deren Wänden man atmen kann, ohne den Mauergeruch vergangener Jahrhunderte wahrnehmen zu müssen, zu helfen, denkt keiner.

Sehen wir uns nun einmal ein solches Haus von nahem an. Wir stehen vor dem aus Vorder- und Hinterhaus bestehenden Grundstück Stodgasse 11. „Grundstück“ für diesen Steinhaufen zu sagen, ist wohl schon etwas jubelnd. Es sind Wände, die eben, solange sie vor größeren Erschütterungen bewahrt bleiben, noch nicht zusammenfallen, und ein Dach, das, solange nicht ein besonders heftiger Windstoß durch die enge Stodgasse geht, den Bewohnern noch nicht über dem Kopf zusammenbricht. Die Baupolizei hat das Haus als „haufällig“ erklärt. Sein „Grundstück“ ist ungewiss, ob die offene Treppe, die zum Hinterhaus führt. Ihr Betreten ist, ohne zu übertreiben, tatsächlich lebensgefährlich. Die unteren Stufen sind abgefallen, so daß man in den Hof hinausspringen muß, wenn man von oben kommt. Der obere Geländerbalken ist verschunden, die Sprossen haben dadurch feineren Galt und hängen nach allen Seiten heraus. Und diese Treppe müssen die 18 Mieter, die das Hinterhaus bewohnen, täglich benutzen. Die Bewohner sind schon mehrmals beim Hauswirt vorstellig geworden, der es aber ablehnt, auch die kleinste Reparatur vornehmen zu lassen. Die Behörden erklären sich gegenseitig nicht für zuständig, und verweisen stets auf die andere Instanz. Es wird eben soweit kommen, daß eines schönen Tages die ganze Treppe zusammenbricht und dann vielleicht schwerer Personenschaden entsteht.

Dem Zustande der Treppe entspricht der der Wohnungen. Diese sind klein, ungesund, ohne Luft und ohne Sonne. Und in einer solchen Umgebung wachsen Kinder heran, werden Menschen in ihren sogenannten besten Jahren bereits zu halben Wesen, müssen Menschen frühzeitig ins Grab steigen. Unsere nächsten Berichte, die weitere Einzelheiten des Wohnungselends schildern sollen, werden beweisen, wiewohl furchtbare Schuld die herrschende Gesellschaft, die Wachhaber von heute tragen, die zwar selbst in luxuriös ausgestatteten Riesenhäusern leben, die aber nichts tun, Hunderten und Tausenden von Breslauern eine einigermaßen gesunde Wohnung zu schaffen.

# Aus Breslauer Gerichtssälen

## Ein Lehrlingsausbeuter

Auf eine ganz andere Weise wieder steigerte der Tischlermeister Klose aus Neumarkt sein Einkommen. Er hielt in seinem Betriebe vier Lehrlinge, die er in geradezu skandalöser Weise über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus arbeiten ließ. Die armen Burschen wurden gezwungen, in den Jahren 1926 und 1927 fast ununterbrochen täglich zwölf bis dreizehn Stunden zu schuften. Eines Tages kam dann die Sache heraus, und Herr Klose wurde wegen Nichtbeachtung des Arbeitszeitgesetzes zu lächerlichen 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Obwohl das Urteil als abnorm milde bezeichnet werden muß, gab sich Klose damit nicht zufrieden, sondern legte Berufung ein. Leider ließ sich die Strafkammer erweichen und setzte die Strafe auf 30 Mark herunter, obwohl der Staatsanwalt Verwerfung der Berufung beantragt hatte. Herr Klose scheute sich nicht, dem Gericht trotzdessen etwas vorzumammern. Jeder Dieb bekommt heute Bewährungsfrist, meinte der Angeklagte, aber einem anständigen Menschen wie ihm, würde sie versagt. Herr Klose scheint das von ihm begangene Verbrechen für eine Bagatelle zu halten. Er hätte darauf hingewiesen werden müssen, daß die vier bis fünf Stunden tägliche Mehrarbeit, die die Lehrlinge leisten mußten, einen sehr erheblichen Wert repräsentierten, da ja die Ausbeutung von 12 bis 14 Jahren hindurch währt. Diesen Wert hat sich der Tischlermeister angeeignet. Unbegreiflich, daß das Gericht für die Anlegung dieses fremden Wertes, der doch in die Hunderte geht, eine Sühne von 30 Mark für ausreichend erachtete. Die Berufung bleibt dadurch ein glänzendes Geschäft für den Tischlermeister. Die unverständlich milde Strafe wird möglicherweise für ihn ein Anreiz

sein, auch weiterhin Lehrlinge in der gleichen unerhörten Weise auszubuten.

## Das Diebesgutdepot „Freiburger Bahnhof“

Mu. Der Luchtschende Hirschel hatte sich einen ziemlich gelungenen Trick ausgedacht, um seine Einkünfte zu erhöhen. Die Firma, für die er gegen Provision Stoffe verkaufte, nahm von der Rundschau, die fast nur aus Beamten und Festangestellten besteht, statt deren Geldes Wechsel und Schuldscheine in Zahlung, die meistens ein halbes Jahr Laufzeit hatten. Hirschel begann nun eines schönen Tages damit, solche Kundenwechsel selbst mit fingierten Namen auszustellen. Er bekam dafür immer gleich die übliche Provision ausgezahlt; außerdem nahm er den Anzugstoff, auf den sich die falschen Wechsel bezogen, selbst in Empfang. Um zu Hause keinen Verdacht zu erregen, deponierte er die unterschlagenen Stoffe bei der Gepädaufbewahrungsstelle auf dem Freiburger Bahnhof. Natürlich mußten die Gaunereien entdeckt werden, als der erste Wechsel fällig wurde.

Hirschel bestreitet die ihm zur Last gelegten Handlungen. Wenn die Wechsel falsch sind, meinte er, müßten ihm die Kunden falsche Wechsel gegeben haben. Die auf dem Freiburger Bahnhof beschlagnahmten Stoffe will er an Stelle von Barprovision von der Firma erhalten haben. Da sich aber nachweisen ließ, daß dies nicht der Fall war, verurteilte das Gericht den Angeklagten trotz seiner Unschuldsbetuerungen zu zehn Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar 1 Jahr, 3 1/2 Monate Gefängnis beantragt. Weil sich Hirschel einer früheren Vorladung bereits einmal entzogen hatte, wurde er gleich aus der Anklagebank heraus verhaftet.

Zurückgelehrt. Der seit dem 11. Juni als vermißt gemeldete Richard Kuben ist wieder zu seinen Eltern zurückgelehrt.

Das städtische Frauenbad in der Burgstraße ist am Sonntag von 7 bis 13 Uhr bei schönem Wetter geöffnet.

Die Ober fordert wieder ihr Opfer. Beim Baden in der Ober ertrunken ist der 16 Jahre alte Schneiderlehrling Erich Stephaan.

## Vertrauensstundgebung für die kommunistische Partei

Gestern fand im „Bergeller“ eine Versammlung der kommunistischen Partei statt, in welcher nach den Referaten der Genossen Haujen und Ammon und einer kurzen Aussprache folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurden:

„Die öffentliche Versammlung des Stadtteils Nord nimmt mit Entrüstung das Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion bei der Wahl zum Vorstande des Stadtparlaments zur Kenntnis, indem sie mit den bürgerlichen Parteien ein Bündnis zur Befestigung des Vorstandes schloß. Die Versammlung spricht zugleich der kommunistischen Partei für ihr entschlossenes Eintreten für eine Ausnutzung der S. P. D. und K. P. D. Mehrheit im Sinne einer proletarischen Kommunalpolitik ihr Vertrauen aus und erwartet von ihr, daß sie klar und entschieden ihren Kurs auf die Mobilisierung der Proletarier auf der Grundlage des Massentamples fortsetzt.“

## Gartenfest der Arbeiterhütten

Die Ortsgruppe Breslau des Arbeiter-Schützenbundes veranstaltet am kommenden Sonntag im „Bergeller“, Kleischaustraße, ein Gartenfest, das neben Konzert, Kinderbelustigungen, großem Preisschießen noch die ausgezeichneten Vorführungen der zweiten Frauenabteilung der Freien Turnerschaft bringt. Anschließend Tanz. Eintritt zum Gartenfest 30 Pfg. Massenbesuch wird erwartet.

## Achtung!

Sonntag in Pohlenowitz („Friedrichsruh“) großes Gartenfest, Kinderbelustigung, Preisschießen, Preislegeln usw. finden statt, veranstaltet vom K. V., Abteilung 2. Eintritt 15 Pfg. Abmarsch früh 7 Uhr vom Laurentiusplatz.

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

Hirschberg. Sonnabend 19 Uhr Mitgliederversammlung im „Berliner Hof“, Rutscherstraße. Referent anwesend.

Kommunistischer Jugendverband Breslau.

Sonnabend 20 Uhr nehmen sämtliche Mitglieder an der Sitzung bei Reimann teil. Einlaß nur gegen Vorzeigung des Mitglieds.

Roter Frontkämpfer-Bund Breslau.

Mit. 3. Heute 18 1/2 Uhr Antreten, Schneider, Rosenst., Ordnungsdienst

Mit. 2. Montag 20 Uhr Generalmitgliederversammlung bei Kössner, Uferstraße.

Waldburg. Sonnabend 18 Uhr Antreten an der „Stadtbrauerei“ zum Ausmarsch. Alles in Uniform.

Weißteln. Sonnabend 19 Uhr Kameradschaftsabend.

## Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Breslau (522,6), Gleiwitz (256).  
Sonntag, 17. Juni, 8.45: Glockengeläut der Christuskirche.  
● 11: Evans Morgenfeier. Mitw.: Beder (Wah), Anip, Herrr Meyer-Fredrich, Uebe (Hilgel). ● 12: Orchesterab. des R. G. B. Schall. Leit.: Schaefer. ● 14: Rüstfunk. ● 14.10: Südbr. Dr. Staniad: Unter welchen Bedingungen ist Kinderlobt rentabel? ● 14.35: Schachklub. ● 15: Funktheater. ● 15.10: Konzert. Mitw.: Frickapelle, Jany (Violine), Beder (Cello), Köhler: Solist. — Sapper: Duo. Banditenstreiche. — Erfurt: Ungar. Fantasie. — Dölln: Strambitten. — Neustemp: Ballade und Polonaise. — Bernards: Polp. ruf. Volkslieder. — Vopper: Wie einst in schönen Tagen. — Wumpries: Serenata lamentosa. — Heberwaru: Transsylvanische Arie. ● 18.25: Krausott: Concert. Germines Ungarisches. ● 18.50: Wellenbaum: Eine Wanderfahrt von der Ober zum Rhein. ● 19.15: Opernhaus. ● 19.55: Einheitsfeier der sog. Oper. ● 20: Stadtk. Breslau: „Sommers Erntedankfest“. Kant. Oper in vier Akten, Musik von Richard Wagner. Personen: Hoffmann; Spalang; Crepel. Solisten: Walter; Nathanael; Hermann; Müller; Stadtrat; Böhmer; Schönbauer; Coppelius; Kapitän; Dapertutto; Dr. Witzel; Wenzel; Gohndille; Biljardmacher; Franz; Olympia; Giallette; Wenzel. ● 22: Abendst. ● 22.30: Berlin: Sonntag, der 17. Juni

# Waldenburger Bergland

## Groß-Waldenburg

Die Klassen wollen mahregeln!

An die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins Waldenburg-Altwasser wurde Anfang Juni folgendes Schreiben verfaßt: „Katholischer Arbeiterverein Waldenburg-Altwasser. Sonntag, den 3. Juni 1928, die letzte Generalkommunion des Vereins in der österrischen Zeit 1928. Alle Mitglieder wollen unbedingt daran teilnehmen. Dabei bringt der Vorstand folgenden Paragraphen des Statuts in Erinnerung:

1. Die Mitglieder, die Ostern nicht halten, oder nicht den sicheren Nachweis dafür bringen können, werden von der Anzahlung des Sterbegeldes ausgeschlossen.
2. Mitglieder, die ein halbes Jahr mit dem Beitrage rückständig sind, erhalten auch kein Sterbegeld.
3. Bei der Generalkommunion nicht besucht ohne begründete Entschuldigung oder dafür nicht wenigstens drei Monatsverammlungen im Jahre besucht, erhält nur die Hälfte des Sterbegeldes.

Der katholische Arbeiterverein. Pfarrer Kunze, Präses.

Bisher waren wir der Ansicht, daß die Katholiken insbesondere nach dem Tode nicht auf irdische Güter, sondern auf den Einzug ins Paradies Wert legen. Das vorliegende Schreiben zeigt aber, daß die Leiter der katholischen Vereine sich deselben Druck- und Fangmittels bedienen, wie sie bei den nicht gerade rühmlich bekannten Versicherungsblättern anzutreffen sind. Wir fordern die wenigen Mitglieder des katholischen Arbeitervereins auf, dieser Organisation sofort den Rücken zu kehren. Sterbegelder können wir auch durch Beitritt in die „Vollversicherung“ erhalten.

### Betrug an den Invaliden.

Der Berginvalid A. S. aus Felshammer hat vor einiger Zeit von der Knappschaftsverwaltung einen Bescheid bekommen, in welchem es u. a. heißt:

„Auf Grund des Gesetzes über Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 29. März 1928 erhöht sich vom 1. Juli 1928 ab Ihre Invalidenrente auf monatlich 44,65 Mark. Gemäß § 106 Abs. 1 Satz 2 des RFB. in der Fassung des Gesetzes über Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 29. März 1928 nicht infolge Erhöhung der Steigerungsbeträge aus der Invalidenversicherung vom 1. Juli 1928 ab von den Steigerungsbeträgen der Rentenversicherung der Betrag von monatlich 6,19 Mark. Ihre Invaliden-Pension beträgt daher vom 1. Juli 1928 ab monatlich 51,84 Mark.“

Ähnliche Bescheide flatterten auch den anderen Invaliden ins Haus. Das, was man ihnen als Invalidenrente aufgebessert hat, wurde andererseits als Knappschaftsrente gekürzt. Darob starke Verärgerung unter den Invaliden, die von ihrer Organisationsleitung sofortigen Einspruch verlangen.

So etwas nennt man in der kapitalistischen Republik „Invaliden-Versicherung“.

20 Mark Geldstrafe wegen Übertretung der königlichen Polizeiverordnung von 1867.

Von unierem Genossen Büschel in Büstegiersdorf wurden dem Polizeur Führer zwei Wahlfondsmarken zu je zehn Pfennig ver-

kauft. Diese wurden dem Justizsekretär Herzog, der später dazu kam, ausgehändigt, damit er Anzeige erstatten konnte. Daraufhin erhielt Genosse Büschel einen Strafbefehl von 20 Mark, wogegen Büschel Einspruch erhob. Am 6. Juni fand die Verhandlung vor dem Amtsgericht statt, an der Justizsekretär Herzog als stellvertretender Staatsanwalt fungierte. Bei der Verhandlung versuchte Herzog, den Gen. Büschel weiter zu belästigen, indem er erklärte, am Abend zuvor eine Entdeckungsbefugnis gemacht zu haben, wobei er herausgeschneifelt habe, daß B. noch weitere Wahlfondsmarken angeboten hätte. Zu seiner Verteidigung erklärte Büschel, daß er sich einer strafbaren Handlung nicht bewußt ist, da es doch bekannt ist, daß alle Parteien Mittel zur Führung der Wahlen gesammelt haben. Trotzdem beantragte Herzog, es bei der angelegten Strafe zu belassen. Das Gericht erkannte, daß Genosse B. sich einer strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen ist. Da man aber einen Kommunisten nicht freisprechen kann, so verurteilte man ihn „im Namen des Volkes“ wegen Übertretung der königlichen (wer laßt da nicht) Polizeiverordnung von 1867 zu 10 Mark Geldstrafe.

**Strafensammlung der Arbeiterkameraden.** Am Sonntag, dem 17. und Sonntag, dem 24. Juni, findet die vom preussischen Staatskommissar genehmigte Straßensammlung für die Kolonne im Kreise Waldenburg einschließlich der Kolonne Rothensand und Freiburg statt. Die Sammlung wird nicht nur in den Kolonnen-Orten, sondern auch in den umliegenden Dörfern durchgeführt werden. Die Bevölkerung wird gebeten, die Sammlung nach Kräften zu unterstützen.

**Älterbuch Bergarbeiter.** Sonntag, vormittag 9 Uhr, Jahrestellen-Versammlung in der „Amaalienquelle“. Ein jedes Mitglied muß erscheinen.

**Rosenthal.** Auf zum Ausflug! Alle Leser der „Arbeiter-Zeitung“ mit Kindern treffen sich Sonntag, den 17. Juni, 12,30 Uhr, beim „Goldenen Frieden“ zum Ausflug nach der Glashütte (Kolonne Hochwald).

## Oberes Revier

**Friedland.** Unterstützt die Arbeiterkameraden! Am Sonntag, dem 17. und 24. Juni, findet hier eine genehmigte Straßensammlung und Hausammlung statt. Die Bevölkerung wird gebeten, die Sammlung nach Kräften zu unterstützen.

## Freiburg

**Wer errichtet ein Pfandleihgeschäft?** In früheren Jahren bestanden am hiesigen Orte mehrere Pfandleihgeschäfte. Durch den Tod der bisherigen Inhaber sind neue Pfandleihgeschäfte nicht mehr errichtet worden. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß ein derartiges Geschäft in gewisser Beziehung eine Notwendigkeit ist, ist das städtische Wohlfaßtsamt gern bereit, Interessenten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Vorstehende Notiz findet man am Mittwoch, dem 13. Juni, im „Freiburger Boten“. Ein merkwürdiges Wohlfaßtsamt! Statt den Hilfsbedürftigen mit ausreichenden Unterstützungen zu helfen, errichtet es ein Pfandleihgeschäft — damit die Hilfsbedürftigen die Möglichkeit haben, ihr letztes Hab und Gut zu verpfänden.

## Jauer

**Schadenfeuer in einer Tischlerei.** Donnerstag 3,30 Uhr brach in der Werkstatt des Tischlermeisters K z m a n n, Reumarkt 21, Feuer aus, das sich rasch ausbreitete. Der rechtzeitig bemerkte Brand konnte bald eingekreist werden. Verbrannt sind Möbel und Rohmaterialien.

Am 12. Juni wurde auf einer Oberbühne das Fallet des Meider mit seinen Geschäftspapieren, Schlüsseln und Geld gefunden, so daß die Vermutung besteht, daß er in selbstmörderischer Absicht in die Ober gegangen ist. Wirtschaftliche Sorgen dürften die Ursache zu dem Schritt gewesen sein. Etwaige Nachrichten, die Aufschluß geben könnten, werden an die hiesige Kriminalpolizei erbeten.

## Goldberg

**Sittlichkeitsverbrechen.** Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde von dem Negtizer Schöffengericht gegen den 61-jährigen Tischler Wilhelm Förster von hier verhandelt. Er soll sich eines schweren Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht haben, was er aber in Abrede stellte. Auf die Aussagen der 14-jährigen Hauptbelastungszeugin hin wurde er zur Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht konnte bei der geringfügigkeit des zudem noch fraglichen Delikts aber nicht umhin, dem Verurteilten Strafaussetzung mit dreijähriger Bewährungsfrist zuzubilligen; er hat aber eine Buße von 50 Mark zu bezahlen.

## Bunzlau

### Teures Fernbleiben.

Der „Wehrwolf“ vom 27. Mai bringt folgende Anzeige: S.-B. Schlesien. „Am Sonntag, dem 3. Juni, findet in Bunzlau eine Fahrertagung des Landesverbandes statt. Die Tagung beginnt pünktlich 10 Uhr vormittags und wird abgehalten im Gasthof „Goldener Hirsch“, Gnadenberger Straße. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist die Teilnahme aller Ortsgruppenführer unbedingte Pflicht! Unbegünstigtes Fernbleiben wird mit R. M. 20, — bestraft.“ — Zwanzig Reichsmark für Fernbleiben einer Sitzung. Entweder muß das Interesse an den Sitzungen merklich abgeklungen sein, oder die Mitglieder des Landesverbandes sind so begütert, daß ihnen 20 Mark nur eine Lappalie sind. Alle beide Erklärungen, die einzigen, die möglich sind, werfen ein äußerst bezeichnendes Licht auf den Zustand des Wehrwolfs.

**Wegen Abtreibung vor dem Schwurgericht.** — 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust.

Seit langen Jahren so gut wie ganz erblindet, bezieht die 55-jährige ledige ehemalige Arbeiterin Klara W i e d e m a n n in Thomsendorf eine kleine Invalidenrente. Ihre drei unehelichen Kinder sind längst erwachsen. Da sie mit dem Gelde nicht auskam, nahm sie bis zu vier uneheliche Kinder zu sich und zog sie gegen Entgelt auf. Sie nahm aber auch Abtreibungen vor und war bald in der ganzen Gegend als die „weiße Frau“, als die „Hebamme von Thomsendorf“ bekannt. Im November 1924 kam wieder ein junges Mädchen zu ihr mit der Bitte um Hilfe. Sie nahm den Eingriff vor. Das Mädchen verstarb am 1. Dezember angeblich an den Folgen. Die Angestellte tritt vor dem Schwurgericht mit Entschiedenheit die Anschuldigungen ab. Das zweite Mädchen, von dem bekannt wurde, daß es sich bei der Angestellten Frau Wiedemann die Frucht abtreiben ließ, ist die 25-jährige Stütze Anna U. aus Rottbus. Die Alte nahm ihr die ganze Barschaft von 22 Mark ab, verlangte noch 10 Mark und nahm wieder den Eingriff vor. Am anderen Morgen wurde dem Mädchen, das unter dem Druck der sozialen Verhältnisse gehandelt hatte, schlecht, und sie mußte, als die Frucht abging, ins Krankenhaus. Schließlich gestand sie alles ein. Die Beschuldigte leugnete auch in diesem Falle. Der Staatsanwalt sah die Alte als überführt an. Er beantragte gegen die Wiedemann fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust wegen gewerbsmäßiger Abtreibung, gegen die U. zwei Wochen Gefängnis bei Strafaussetzung mit dreijähriger Bewährungsfrist. Das Gericht erkannte auf die beantragten Strafen bis auf den „Ehrverlust“, der auf zehn Jahre erhöht wurde. Die Öffentlichkeit war während der Dauer der Verhandlungen aus-

## Hagnau

**Öffentliche Kundgebung auf dem Marktplatz.** Am Montagabend hielten KPD. und Rote Hilfe auf dem Marktplatz eine öffentliche Kundgebung ab. Zuerst sprach für die kommunistische Partei der Genosse Gabel von Bunzlau über den neuen Reichstag. Am Schluß seiner Ausführungen wurde eine Resolution verlesen, die einstimmig angenommen wurde, und eine Reihe Kampfforderungen enthielt. Dann sprach der Genosse Hoppe-Siegnitz im Auftrag der Roten-Hilfe-Organisation über die Massenjustiz, den Fall Max Hoelz und über den von seinen der kommunistischen Partei an den alten Reichstag eingebrachten Amnestieantrag. Genosse Hoppe brachte ebenfalls eine Resolution zur Verlesung, die begeisterten Beifall und gleichfalls einstimmige Annahme fand und die Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen fordert. Am Schluß der Kundgebung formierte sich ein mehrere hundert Mann starker Demonstrationzug, der unter Vorantritt der KPD-Kapelle durch die verschiedensten Arbeiterstrassen führte. Hiermit war wieder einmal den Hagnauer Bürgern und SPDlern gezeigt, daß die kommunistische Partei lebt und die Interessen der Arbeiterschaft auch wirklich vertritt.

## Liegnitz

**Die Sprengkapsel im Herdfeuer.** Als in Brimkenau die Frau des Schuhmachermeisters Leuchert den Vesperkaffee kochte und kochten nachlegte, flog unter gewaltigem Knall die Kochmaschine aus ihren Fugen. Ein auf dem Kochherd stehender Topf sauste an die Decke und die Venturen wurden stückweise herausgerissen. Die erschrockene Hausfrau erlitt erhebliche Gesichtsverletzungen. Die Ursache der Explosion war eine mit Pulver gefüllte Sprengkapsel zwischen den verfeuertem Kohlen.

**Die Arbeitslosenregister betrug am 1. Juni 2188 (1577 männliche und 611 weibliche).** Davon erhalten Unterstützung, inbegriffen Arisenunterstützung, 939 männliche und 429 weibliche Erwerbslose.

**Ein hohes Alter erreichte am 12. Juni ein Einwohner namens Franz K i e g e r, Schniebertstr. 20 wohnhaft.** Er wurde 94 Jahre alt.

## Glogau

**Die Höllemaschinen der Grundbesitzer.** Seit 1923 waren in Droschlau (Kreis Grünberg) bei verschiedenen Gutsbesitzern Drohhäufige und Plakate unflätigen Inhalts abgemworfen worden, auch Brandrohungen fehlten nie dabei. Nach jahrelangen Ermittlungen wurde dann als Täterin die Försters-tochter Lina Altmann auf Grund von graphologischen Studien entdeckt, die mit einer ganzen Gruppe von Mitheffern zusammen gearbeitet hatte. Die Briefe sind, wie sich bei der Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht in Glogau ergab, typisch für ein unverständiges älteres Mädchen, das sich dadurch in geistliche Aufregung gebracht hat. Die Täter, die sogar mit Höllemaschinen arbeiteten, waren verschiedene Gutsbesitzer. Das Schöffengericht Glogau verurteilte die Altmann wegen Beamtenehligung, Beleidigung usw. zu vier Jahren Gefängnis und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Von den übrigen Mitangeklagten wurde der Landwirt Richard Greier zu drei Jahren, der Landwirt W u t s c h k e zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Allen Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

**Großfeuer.** In dem Fabrikgebäude der Kolonialwaren-Großhandlung K a d e m a c h e r u. P h i l i p p brach in einem Raum des obersten Stockwerkes Feuer aus. Der ganze Dachstuhl wurde vernichtet und auch das nebenliegende Pappdach völlig zerstört.

# Niederschlesien

## Görlitz

**Das Wohnungsamt, die „Freude“ der Görlitzer Wohnungssuchenden.** Es ist wahrlich ein großes Vergnügen, in Görlitz auf die Wohnungssuchende zu gehen und auf das Wohnungsamt angewiesen zu sein. Es ist heute zwecklos, Anstrengungen zu machen, daß man die Wohnungssuche mit vollem Erfolg bekommt. Dasselbe soll zwar den Vorzug haben, daß die Inhaber derselben eher eine Wohnung zugewiesen erhalten als die anderen Sterblichen. Doch mit des Geschickes Mächten dem Görlitzer Wohnungsamt ist kein ewiger Bund zu schließen. Es gibt nämlich Wohnungssuchende in Görlitz mit der roten Strichkarte, die schon zwei Jahre auf eine Wohnung warten und viel-leicht noch weitere zwei Jahre warten müssen. Von denjenigen, die diesen Abend aus dem Wohnungsamt kommen müssen, um die Aufstellung von Wohnungen, die frei sind, entgegen zu nehmen, wird lebhaft gesagt. Es ist ein Höhn, wie mit den Wohnungssuchenden herumgehungen wird. Richtige Menschenansammlungen werden auf dem Markte vor dem Rathaus veranstaltet. Am nun einmal zu sehen, was da eigentlich los ist, war der Schreiber dieser Zeilen so neugierig, und machte sich an viele der „Glücklichen“, die einen Schein erhielten. Hundert und noch mehr Wohnungssuchende hatten ein vielverheißendes Schein. Doch bei näherer Betrachtung stellte man fest, daß auf allen Scheinen ein und dieselben Wohnungen verzeichnet waren. Man behauptet: Neber hundert Menschen, die buchstäblich auf die Jagd nach einer Wohnung angewiesen sind, erhalten vom Wohnungsamt eine Aufstellung von dreier Wohnungen in die Hand gedrückt. Sie glauben natürlich, daß der der ausgegebenen Scheine andere Wohnungen aufweist, und daß man dann doch einsehen, sich gewaltig geirrt zu haben. Man kann nun ungefähr das Bettelantzen der Armen vorstellen, wenn jeder will der Erste sein, um die Räumlichkeiten zu erhalten. Aber enttäuscht müssen sie einer nach dem anderen wieder abziehen, denn der ausposauch hat mittlerweile oftmals an einen Zahlungsfähigeren als die Proleten, ohne Wissen des Amtes, die Wohnung vermietet, oder Hauspächter schreibt sich von allen die Adresse auf und jagt den Wohnungssuchenden, daß sie näheren Bescheid erhalten werden. Zum größten Teil warten die Wohnungssuchenden heute noch auf Antwort von dem ausposauch, oder es wird ihnen mitgeteilt, daß inzwischen die Wohnung vermietet ist. So steht es jetzt schon mit der Verteilung von Wohnungen an! Wie wird es erst sein, wenn die Wohnungssuchenden vollständig abgehant ist! Wir werden in den nächsten Tagen konkretes Material über die Wohnungswirtschaft veröffentlichen, das das Kreiben der Hauspächter der breiten Öffentlichkeit zu zeigen.

**Abwaschen von Wäsche!** Diese Woche ist die 26. Wochenquittung. Die Wäsche ist sauber und reißlos, damit die Ansträger ebenfalls reißlos abwaschen können.

**Alle Arbeiterkinder, die Kinder im Alter von 9 Jahren haben, müssen sich am Montag um 20 Uhr im Jugendheim J ü d e n s t r a ß e zu diesem Elternabend mitzubringen.**

## Glogau

**Tagelöhner.** Seit geraumer Zeit quält sich die Arbeiterschaft unserer Gegend in der Schweiß ihrer Drüsenhäute mit der Deutungsarbeit herum, ohne bisher das Problem in gut lesbarem

Sinne gelöst zu haben. Ja, das Kind war sogar eine Zeit lang bedenklich in das Stadium der Verkaltung geraten, da unseren Hurrapatrioten die Heldenehrung zu kostspielig wurde. Man ist wohl bereit, im geeigneten Moment das Vaterland zu verteidigen, vorausgesetzt, daß es bei dieser Gelegenheit nicht knallt, aber — es darf kein Geld kosten. Um nun diese vaterlandsfeindliche, egoistische Regierung den Patrioten endgültig abzugewöhnen, versucht immer wieder ein Zeilenskindler auf diesem Gebiet vorzustoßen. Ein zartes Artikelchen nach dem anderen wird zusammengeschustert, um endlich den Gedanken des Heldentums im Volk zu stabilisieren. In seinem letzten Artikel macht der Schreiber nun einen verzweifeltten Sprung zum Magistrat. Der soll die fehlenden Gelder vorstrecken. Wirt der Magistrat Millionen für die Reichswehr auf die Straße, warum soll er nicht bei dem Denkmalblödsinn auch noch was verpulvern. Proleten, Laßten zu! Unser Geld ist zu schade, um dafür den Hurrapatrioten einen Kriecherrummel zu finanzieren. Sollte die Stadt Gelder geben, werden wir einigen Herren verdammt auf die Finger klopfen. Unser Städtchen hat Kerze, die nicht nur immer zum Wohle der Allgemeinheit tätig sind, sondern ab und zu auch das Zeug zu einem Diktator in sich fühlen. Besonders sichtbar wird es den Kranken demonstriert, die nicht schon von der Wiege das „Privileg“ eines Patienten erster und zweiter Klasse mitbekommen haben. Auch der Dr. Seelhorst vom städtischen Krankenhaus scheint gegen solche Anwendungen nicht gefeit zu sein, was folgender Fall beweisen mag: Die jugendliche Arbeiterin B. erkrankt an eigenartigen Gewächsen am Gefäß. Der sie behandelnde Sorauer Arzt stellt Erythras fest. Eine Blutprobe kommt von Berlin als „negativ“ zurück. Darauf erfolgt Überweisung ins Krankenhaus Sagan. Dr. Seelhorst, der wahrscheinlich seinem Sorauer Kollegen im Krankenhaus feststellen nicht nachsehen wollte, fand bereits höchstgradige syphilitische Verlesung bei dem Mädchen, lehnte aber eine sofortige Aufnahme ins Krankenhaus ab, da die Patientin ihre Menstruation hatte. Eine erneute Blutprobe wurde wiederum für gut befunden. Die Arbeiterin wandte sich nun ganz energisch gegen die Behauptung des Arztes, sie sei syphilitisch krank. Der Arzt konstruierte daraus eine Behandlungsverweigerung und verweigerte ihr die Ausschreibung des Krankenzettels. Acht Tage später wurde sie auf die inzwischen neuentdeckte Krankheit operiert und sofort arbeitsfähig geschrieben. Obwohl die Arbeiterin bereits dreimal Dr. Seelhorst aufsuchte, hat sich derselbe bis heute geweigert, den Krankenzettel auszufüllen und so das Mädchen um das Krankengeld von acht Tagen gebracht. Wäre es nicht angebracht, wenn der Herr eine empfindliche Aktion von der Krankenkasse bekäme? Man sollte eigentlich meinen, daß die Behandlung der Hausangestellten in einem Betriebe, wie dem Volkshaus, vorbildlich sein müßte. Nach den Berichten, die uns von mehreren Seiten zugehen werden, scheint es uns, als ob man auch dort den Kur-Perzen-Standpunkt vertritt. So wird uns berichtet, daß die Frau des Delemonen scheinbar sehr nervös ist und ihr kein Mensch etwas recht machen kann. Darüber hinaus soll sie Ansprüche geäußert haben, die wert wären, einmal festgehalten zu werden. Ob diese Art Behandlung das Prestige des Volkshauses beeinträchtigt, möchten wir stark bezweifeln.

## Neusalz

**In die Ober gegangen?** Vermißt wird der 42 Jahre alte Tischlermeister Hermann Meiber. Meiber ist 1,80 groß und kräftig.

# Oberschlesien im Blicklicht

## Jesus im Stahlhelm

Von Hem

Am 1. Juli werden die schlesischen Faschisten, die den Stahlhelm zu ihrem Symbol erkoren haben, in Oppeln zu einem sogenannten „Frontsoldatentag“ zusammenkommen. Die Oppelner Arbeiterschaft ist heute schon nachdrücklich auf diesen Anmeldeaufmarsch gemacht. Es gilt, diesen unentwegten Kriegslustknaben einen Empfang zu bereiten, der ihnen zeigt, daß der „March nach Oppeln“ dieselbe Meute bedeutet, wie selnerzeit der vom Bundespräsident Lühr-Selbte, auch „Primo de Alara“ genannte, arrangierte „March nach Berlin“, der an dem Gelächter des Klassenbewußten reichshauptstädtlichen Proletariats zerfiel.

Belanntlich ist der „Stahlhelm“ das Protektionskind der Reaktion. Nicht nur, daß sämtliche abgetatelten wilhelminischen Offiziere in dem Bund Führerstellungen bekleiden — auch die Geküßelten selber. Bräutigam breitet segnend die Hände über ihn. Der deutsche Gott hat doch nun einmal in seiner Unerforschlichkeit das Eisen wachsen lassen. Darum sind die Pfaffen für den „Stahlhelm“.

Zu der Festschrift, die anlässlich des Oppelner Klamaus herausgegeben wird, kommt neben offen kommunistischen, deren photographierte Geldendrust mit Christbaumschmuck übersät ist, auch ein Divisionspfarrer Dr. Hoinka aus Pöngitz-Neudorf bei Oppeln zu Wort. Nur erscheint an sich bereits die Existenz von christlichen Militärpfaffen als eine Gotteslästerung, denn der Beruf des Soldaten, dem Feind „das kalte Eisen auf den Schädel zu schmettern“, wie das einmal ein Kollege des Herrn Hoinka während des Krieges ausdrückte, ist unvereinbar mit dem Hauptgebot der christlichen Sittenlehre: „Du sollst nicht töten!“ Über unsere beamteten Heilwörter übersehen geschildert diesen Widerspruch. Sie haben sich im Laufe der Zeit eine erstaunliche Routine angeeignet, die Bergpredigt mit dem Exerzierregiment in Einklang zu bringen. Voll von dieser Routine ist auch der Artikel des Divisionspfarrers Hoinka in be-

lagter Festschrift. Einzelne Stellen darin sind so schön, daß wir sie der Öffentlichkeit unumgänglich vorenthalten können. Da heißt es z. B.: „Der Stahlhelm hat den Kampf angefangen dem Materialismus, denn der Materialismus ist es, der uns um den Sieg gebracht hat.“

Über neu, Herr Kriegspfarrer, was Sie nicht sagen! Soviel bekannt, duldeten die Franzosen überhaupt keine Feldpfaffen bei ihrer Arme, so daß sie also, vermutlich noch materialistischer waren als wir, was ja auch Tatsache ist. Trotzdem haben sie aber den Krieg gewonnen. Scheinbar war es also, wenn man Ihren Gedankengängen folgt, Herr Hoinka, gerade der Materialismus, der den Franzosen den Sieg gebracht hat. Doch weiter:

„Der Stahlhelm will das deutsche Volk erziehen zum Opferinn. Denn der tiefste und letzte Grund dafür, daß wir den Weltkrieg verloren, liegt darin, daß wir zu wenig Opferinn aufgebracht haben.“

Meere von Blut sind geflossen; zuletzt trieb man Kinder und Krüppel auf die Schlachtbänke; Millionen Leichen moderten zwischen den Fronten der sich zersetzenden Völker: das alles ist nicht genug für unseren christlichen Gottesmann. Er, der wahrscheinlich, wie alle seiner Kollegen während des Krieges, in irgendeiner Etappe herumgeschlummert hat, vermischt beim Volk den Opferinn. Die deutsche Sprache hat kein Wort, eine derartig unheimliche Gesinnung gebührend zu kennzeichnen.

Der Divisionspfarrer Hoinka, der sicherlich wie alle Hohenpriester der Moral von der „Heiligkeit des leidenden Lebens“ rülpft, wenn es sich darum handelt, die Verzweiflungsstat einer gequälten Mutter zu verdammen, denkt sonst über das Leben äußerst geringfügig. Für ihn ist das Leben eine völlig unchristliche Angelegenheit, und dem Menschen eigentlich nur gegeben, es für irgendeine phantastische Sache wieder wegzuworfen. Im Prebikatsstil unseres Himmelsbeamten heißt das:

„... denn der (Mazismus) beruht auf einer ganz unchristlichen Idee, nämlich: auf einer Verwertung eines irdischen Gutes — des Lebens!“

Dieser furiose Schwarzrod hat scheinbar noch nicht bemerkt, daß nach seiner Theorie das ganze Christentum auf einer „unchristlichen Idee“ beruht. „Du sollst nicht töten“ — sagte jener Zimmermannsohn aus Nazareth. Diese Maxima paßt aber dem katholischen Militärpfarrer Hoinka nicht ins Konzept, und er gibt die Parole aus, möglichst rasch den süßen Heidentob fürs Vaterland zu sterben. Das Christentum hat für ihn nur den Zweck, die Sklavigen zu diesem „Heidentob“ zu anlimieren. Herr Hoinka formuliert das so:

„Darum hält der Stahlhelm hoch den Wehrgebeten und verherrlicht den Tod fürs Vaterland. Dazu aber braucht er das Christentum.“

Man hat der katholischen Geistlichkeit immer vorwerfen wollen, daß sie nicht patriotisch genug gesinnt ist, weil sie ihre Klümpchen von Rom beziehe. Nun, Herr Hoinka hat gezeigt, daß derartige Besorgnisse grundlos sind. Am Schluß seines geharnischten Stahlhelm-Artikels betont er ausdrücklich: „... aber auch in Deutschland muß es soweit kommen, daß man sagt: Erst deutsch — und dann katholisch!“ Wir wissen, daß dieser Herr Hoinka keine Ausnahme ist. Seine Kollegen waren und sind bemüht, es ihm gleichzutun. Parole: Wehrhaftes Christentum! „Lasset die Panzerkreuzer zu mir kommen“, soll nach diesen Leuten schon Jesus gesagt haben.

Vielleicht merken auch die Zentrumsarbeiter allmählich, daß für die Schwarzlotten die Religion nur ein Vorwand ist, ihre hurra-patriotischen Geschäfte ungehindert betreiben zu können. Man sieht aus der ganzen Geschichte, wie recht Karl Marx hatte, als er den Satz prägte: „Religion ist Opium für das Volk!“

Für alle Werktätigen gilt:

Hände weg vom Zentrum!  
Hände weg vom Stahlhelm!

## Landfriedensbruchprozess gegen 11 Arbeiter in Gleiwitz

Well sie sich gegen 150 Faschisten wehrten — Ueberfüllter Zuhörerraum — Die Arbeiter protestieren 100 Schutzbeamte als Bewachung unter persönlicher Leitung des Polizeipräsidenten Wed — Freispruch.

Nachdem wir den Freispruch der Gleiwitzer Arbeiter von der Anklage des Landfriedensbruches bereits gemeldet haben, lassen wir heute den ausführlichen Prozessbericht folgen.

Nationalsozialisten forderten unter dem Thema: „Niedergang des Marxismus. — Die Platte der III. Internationale!“ die Arbeiterschaft am 11. Juli 1927 zu einer öffentlichen Versammlung auf. Die Faschistenführer Filusch, Brüdner und Adamczyk rissen die Antifaschistenmünder auf, daß die Wände wackelten. Die 150 Faschistenjünglinge waren wild. Den kommunistischen Diskussionsredner Genossen Bija unterbrachen sie fortgesetzt und überfielen schließlich die in der Versammlung anwesenden Arbeiter. Diese wehrten sich natürlich. Mit 23 Verletzten zogen die Faschisten ab. Polizei griff ein. An den Händen gefesselt wurden die Arbeiter abgeführt. Polizeiprotokolle wurden gegen die Arbeiter gefertigt. Seit Juli 1927 erseiften sich Polizei und Staatsanwaltschaft im Zulammentragen des Anklagematerials. In mehreren Rundgebungen protestierten die Gleiwitzer Arbeiter gegen dieses Gerichtsverfahren. Noch am Vorabend des Haupttermins verlangten in einer Entschließung die Arbeiter die Aufhebung des „Landfriedensbruchprozesses Bija und Genossen“.

Der Tag der Hauptverhandlung. Hunderte von Zuhörern standen vor dem Schwurgerichtsgebäude. Etwa 120 nur erhielten Einlasskarten. Die Angeklagten, Rote Frontkämpfer, erschienen in Uniform. Die Polizei war rührig. Etwa 100 Polizeibeamte einschließlich einiger Polizeioffiziere waren im Gerichtsgebäude und um dieses herum postiert. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Wed leitete die Polizeieinheit persönlich. Angeklagte und Zeugen wurden nun in den Gerichtssaal gerufen. 11 Angeklagte — 65 Zeugen. Die Zeugen in der Mehrheit Faschisten und Polizeibeamte. Der Vorsitzende ruft die Angeklagten auf, zuerst den Hauptangeklagten Genossen Bija: „Angeklagter Bija, befehlen Sie die Anklagebank!“ „Ich fühle mich nicht als Angeklagter“, antwortet Genosse Bija. „Dann habe ich im Auftrage der Arbeiterschaft hier folgende Entschließung zu verlesen. Genosse Bija liest mit lauter Stimme die nachfolgende Entschließung vor:

### Entschließung

einstimmig angenommen in der Protestkundgebung am Ring am 11. Juni 1928

Die Arbeiterschaft protestiert entschieden gegen die Staatsanwaltschaft, die auf eine tendenziöse Weise das Anklagematerial gegen die 11 von den Faschisten überfallenen Arbeiter zusammengetragen hat. Die Staatsanwaltschaft will gemeinschaftlich mit dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten unbedingte den verhafteten Roten Frontkämpfern den Prozess machen. Wir fordern die Aufhebung des Landfriedensbruchprozesses.

Bija und Genossen.

### Hinweg mit der Klassenjustiz!

Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!

Tod dem Faschismus!

Es lebe die proletarische Revolution!

Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor G o n y versucht sehr erregt zu unterbrechen, die Versammelten vor und im Zuhörerraum machen dem Angeklagten zustimmende Juruse. Genosse Bija tritt schließlich mit den übrigen Angeklagten unter Protest die Anklagebank.

Die Verhandlung begann. Dem Gerichtsvorsitzenden sowohl wie Staatsanwalt Breher war nicht besonders zumute. Man sagt, sie waren „objektiv“. Die Angeklagten wurden vernommen. Ihr Verhalten war das proletarischer Klassenkämpfer vor einem bürgerlichen Klassengericht. Die Beweisaufnahme war eine Meile. Wieder einmal zeigte es sich, daß die Polizei, um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, die Protokollierungen lediglich gegen die Arbeiter verfertigt. So mußte der berichtigte Kriminalbeamte P o h l zugeden, daß er in seinem Protokoll sich „getrri“ habe. Das Protokoll belastete die Angeklagten schwer. Die Vernehmung des Panzerkreuzers H a b i e l war ein wichtiger Schlag gegen den Faschismus. Anfänglich tat dieser Belastungszeuge sehr wichtig. Sagen jedoch konnte er nur, daß er Schläge bekommen hätte und wegela-

sen wäre. Die Frage des Vorsitzenden nach Sieger und Besiegte beantwortete dieser Held mit:

„Die Kommunisten waren die Sieger.“

Er fühlte sich ohne die Maulhelden Filusch, Adamczyk und Brüdner schwach und zitterte. Als dieser Zeuge, den eine besondere Witsage ausgezeichnete, abtrat, wird es manche im Gerichtssaal gegeben haben, die unter dem Eindruck eines seligen Fremdenbegriffes standen. Ein Polizeibeamter beschwerte sich, vom Genossen L e l l e l mit einer Banalnote etwas abgenommen zu haben. Die Rede des Staatsanwalts zum Strafentwurf war ein Zurückzieher. Der Verteidiger Rechtsanwalt Blüthenstein stellte durchaus mit Recht den ganzen Prozess als Z e i t-

## Die Raubritter in der Rute

Der Notzfrei eines Katholiken — Rücksichtslose Pfändung der letzten Habe

Ein katholischer Arbeiter aus Neudorf bei Comprochschütz (Kreis Oppeln) schreibt uns: Die Zustände in unserer Gemeinde spotten jeder Beschreibung. Vor zwei Jahren wurde vom Kirchenvorstand der Bau eines Pfarrhauses genehmigt und der Kostenschlag mit 17 000 Mark festgelegt. Der Pfarrer war scheinbar mit den Bauplänen nicht einverstanden, und so wurde ein Bau ausgesetzt, der 50—60 000 Mark kostete. Es war eine erstklassige Villa mit großen Stallungen und Scheunen. Zur Kirche gehören auch 120 Morgen Land. In der Villa sind 14 große Stuben. Die Scheune und der Stall stehen leer, da der Pfarrer kein Vieh besitzt. Vor dem Bau wurden Unterschriften gesammelt, ob der Bau ausgeführt werden sollte. Etwa ein Drittel der Einwohner war gegen den Bau. Auch ich war dagegen. Obwohl die Regierung, der Kirchenvorstand und der Pfarrer genau wissen, daß ich an nichts glaube, verlangen sie von mir die prompte Bezahlung der Kirchensteuer. Diese Steuer wird m. E. sehr ungerecht verteilt, indem die Armen zehnmal mehr zahlen als die Reichen. Obwohl ich bei dem Bau des Pfarrhauses drei Tage lang Kiez geladen habe, wird von mir 80 Mk. Kirchensteuer verlangt. Die Aufforderung, die ich am 2. Mai 1927 erhielt, hatte u. a. folgende Nachbemerkung: „Herr . . . wird aufgefordert, die Restbestände binnen 8 Tagen an die unterzeichnete Gemeindebesteuerkasse einzuzahlen. Widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung geschritten werden wird.“

Jetzt kommt das Leiden, nicht Christi, sondern meins. Anfang Dezember ging die Gemeindeverwaltung und der Kirchenvorstand zur Pfändung über. In ihrer Begleitung hinfanden sich zwei bis an die Zähne bewaffnete Landjäger und fünf starke Männer. Zum Transport des gepfändeten Viehes hatten sie einen Viehwagen mit. So ging es von Haus zu Haus. Wer nicht bezahlte, dem wurden die Ziegen und Schweine weggenommen. Schaffner wurden ausgerissen. Infolge der großen Kälte hatte das Vieh furchtbar gelitten. Auch ich kam an die Reihe. Als ich den Kraz und Lärm draußen hörte, wollte ich die Stube verlassen und nach der Ursache forschen. Ich wurde aber sofort in nicht gerade höflicher Art angehalten und zur Herausgabe meines letzten Schw. meß aufgefördert. Erst als meine Frau unter Hinweis auf die hungerigen Kinder um Erbarmen flehte und den Herren 5 Mark hingab und ich mich oben-drei verpflichtet hatte,

von der Arbeitslosenunterstützung wöchentlich 5 Mark zu zahlen, wurde von der Pfändung Abstand genommen. Breits am nächsten Tage wandte ich mich beschwerend an die Regierung in Oppeln. Daraus erhielt ich zur Antwort, daß ich zur Zahlung der Kirchensteuer verpflichtet bin.

Ich bin Familienvater von acht Kindern. Das Älteste ist 16 Jahre alt und drei Jahre kränklich. Das Jüngste ist erst fünf Monate. Im Winter habe ich eine Unterstützung in Höhe von 21 Mark für die zehnköpfige Familie erhalten. Zwei Kinder, das eine drei, das andere fünf Jahre alt, waren den ganzen Winter ohne Schuhe. Peinden haben meine Kinder von einem Kollegen geschenkt bekommen. Unsere Not ist grenzenlos. Obwohl ich und meine Frau sehr sparsam und ich kein Zintler bin, bin ich

vergeudung hin. Für die Angeklagten sprach als letzter Genosse Bija:

„Die 8000 Mark, die der Prozess kostet und die dem Hausinspektorsfonds entnommen sind, sollten eher dem Wohnungsneubausfonds zugeführt werden. Zweck des Prozesses war, wieder einmal den Nachweis zu erbringen, daß Roter Frontkämpferbund und kommunistische Partei verboten werden müssen.“

Unter dem Druck der Werktätigen kamen Staatsanwalt und Gericht zum Freispruch. Das Urteil lautete so mit der Maßgabe, daß Genosse L e l l e l mit 50 Mark Geldstrafe belegt wird für den angeblichen Schlag gegen den Polizeibeamten. Beim Verlassen des Saales hielt Genosse Bija noch eine kurze Ansprache an die Teilnehmer:

„Die 50 Mk. werden die Faschisten bezahlen. Der Landfriedensbruchprozess ist zusammengebrochen. Freiheit der Faschisten ist das Ergebnis. Es lebe der Rote Frontkämpferbund, die kommunistische Partei, die Führerin der proletarischen Revolution. Das bekräftigen wir mit einem „Rot Front!“

Die Teilnehmer stimmten freudig ein. „Rot Front!“ und „Es lebe die Revolution!“, unter diesen Rufen verließen die angeklagten Freigesprochenen und die Zuhörer den Schwurgerichtssaal.

laum in der Lage, meine Familie zu ernähren. Aber was kümmert das den Bischof und die Regierung? Der Bischof lebt in seinem Schloß in Saus und Braus. Ich — in meiner zerfallenen Hude, in der man bei Regen einen trockenen Platz suchen muß, da sie nicht mehr wasserdicht ist. Erst Anfang dieses Monats, und zwar am 8. Juni, habe ich wieder Arbeit bekommen können. Wenn nicht bald eine Wendung zum Besseren kommt, so weiß ich nicht, wie ich meine Familie aus der Not und den Kirchenklauen retten soll. Und so wie mir, geht es auch anderen.

Das Schreiben bedarf keines Kommentars. Wir raten allen Werktätigen, die innerlich mit der Kirche bereits gebrochen haben, auch den offiziellen Austritt aus der Kirche zu erklären, um so von den Befestigungen der Schwarzröde verschont zu bleiben.

## Gleiwitz

Mord auf der Gleiwitzer Grube

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Montag, dem 11. Juni, ereignete sich im Revier 8 auf der Gleiwitzer Grube ein schweres Unglück. Der Schrämer G i l l e r aus Deutsch-Jernitz wurde durch einen großen Steinblock aus dem Gangenden zu Tode geschlagen. Wie von Augenzeugen erzählt wird, mußten die zu Hilfe eilenden Kameraden den Stein auf der Gelsche erst mit dem Gandsäufel zerbrechen und dann mit einem dreimetrigen Stempel hochwuchten, damit die Leiche mit Gewalt herabgerissen werden konnte. Jetzt wollen wir uns einmal mit der Ursache des Unfalls beschäftigen. „Unfall“ laun man das fast nicht nennen, man müßte sagen „Mord“. Den Kumpels, die in dem Teil arbeiteten, war es bewußt, daß es nicht mehr lange ohne Unglück gehen wird, denn täglich wurden 100—115 Kisten Kohlen gefördert, und versehen wurde nur sehr wenig, denn die Leute aus dem Revier konnten nicht fertig werden, weil sie zuviel Nebenarbeiten hatten.

Als der Revierbeamte die Unfallstelle besichtigte kam und dem Fahrsteiger sagte, daß es schlecht verfehlt sei, antwortete dieser trocken: „Ja, das wäre alles fertig geworden, wenn der Unfall nicht passiert wäre.“ Zwischen 11 und 12 Uhr ist der Unfall passiert, also in 1 1/2 Stunden sollte alles verfehlt werden. — und jetzt wird schon ein paar Tage mit Hochdruck gekloppt, und der Verfehlt ist noch nicht voll. Die Verwaltung ist immer „harmlos“. Sie sagt: „Durch Unvorsichtigkeit der Leute.“ Aber wir sagen: „Das Antreiberystem ist schuld!“ Wir werden uns in nächster Zeit mehr mit der Gleiwitzer Knochenmühle beschäftigen.

Und wieder zwei Tote. Auf der Königin-Luise-Grube wurden 2 Bergleute durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet. Während der eine sofort tot war, verstarb der andere bald nach seiner Entleerung ins Krankenhaus.

### Freiwerkerschaftlicher Sieg bei Hegenfeld

Bei der Betriebsratswahl bei Hegenfeld war das Resultat folgendes: Freie Gewerkschaft 855 (778 im Vorjahre) Stimmen und 8 Sitze, Kirche 296 (426) — 2, Christen 444 (322) — 2. Das gute Ergebnis für die freie Gewerkschaft wurde erzielt, trotzdem die reformistische Leitung es abgelehnt hatte, dem Antrag der Opposition auf Herausgabe eines Flugblattes stattzugeben. Wäre das erfolgt, so wäre der Sieg bestimmt ein noch größerer geworden!

**Neuer Mantelvertrag für den ober-schlesischen Erzbergbau.** Inwieweit Ausarbeitung des Erzbergbauvertrages fanden Verhandlungen statt, die nach langer Beratung zum Neuaufschluß eines Mantelvertrages für den ober-schlesischen Erzbergbau führten. Im wesentlichen wurde dem neuen Mantelvertrag der neue Steinlohlenvertrag zugrundegelegt, bis auf einige Änderungen in der Urlaubstrafe und bei der Regelung der Deputatloshöhe. Der neue Vertrag gilt bis zum 1. April 1929. Wir kommen auf den Tarif noch zurück.

### Ratibor

#### Worte und Taten

Aus T w o r l a u, Kreis Ratibor, wird uns von einem Arbeiter geschrieben: Eines schönen Sonntags predigte Herr Schulz etwa folgendes vor: Denjenigen, die nicht zur Beichte gehen, werde er das Sterbegeldlein läuten lassen, damit ihre Seelen nicht verwallen. So wendet er gegen die Gläubigen. Und er selbst? Vor etwa einem Monat starb eine alte Frau. Ihre arbeitslose Tochter stand mittellos da. Sie bat den Pfarrer, ihr ein billiges Begräbnis für die Mutter zu machen. Sie erhielt aber zur Antwort die Aufforderung, sich an den Amtsvorsteher um eine Unterstützung zu wenden. Der Vorsteher lehnte eine Unterstützung ab, mit der Begründung, er habe keine 80, sondern nur etwa 50 Morgen Land mit Viehe, und davon müsse er eine Familie von sieben Köpfen unterhalten. Wie sieht es doch in der Bergpredigt? „Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Ein zweiter Fall: Stirbt da ein Dominiumsarbeiter und hinterläßt eine vierköpfige Familie. Die Frau geht die Vererbung anmelden. Die erste Frage lautet: „Haben Sie Geld?“ Die Frau verneint es. Darauf die Antwort: „Ja, da kann ich Ihnen Ihren Mann nicht begraben.“ Die Frau läuft nach Hause und borgt sich das Geld. Es waren insgesamt 60 Mark. Die Beerdigung kostete aber 65 Mark. Trotz des geringen Differenzbetrages jagte der Pfarrer: „Wenn Sie die 5 Mark bis Freitag nicht bringen,

so kann ich Ihren Mann nicht begraben.“ Welch denn der Pfarrer überhaupt, wie schwer es heutzutage einem Landarbeiter fällt, 65 Mark zu verdienen. Wie lange wird die Witwe an den Schulden abzutragen haben? Der Pfarrer hat es leichter. Er verdient in einer Stunde 20, 40 und 60 Mark. — Werklätige, zieht daraus die Lehre: Heraus aus der Kirche!

### Patschkau

Auf die Straße gesetzt. Wir fühlen uns gezwungen, noch einmal die Praktiken der Hausbesitzer Gebrüder Weidemann zu beleuchten. Der Vorfall auf der Hospitalstraße muß der ganzen Arbeiterschaft vor Augen geführt werden. Dort wurde der Arbeiter Hermann Spolier mit seiner Familie aus der Wohnung gejagt. Die beiden Weidemann räumten das ganze Mobiliar von Spolier mitten auf die Straße. Es war ein graufamer Anblick, wie sich die kleinen Kinder von Spolier auf der Straße herumtreiben mußten. Nicht einmal etwas warmes Essen konnte den Kindern gegeben werden. Im Hintergrunde des Bildes liegt der Pfarrer, in welchem es jenseitig Platz für die Familie gehabt hätte, wenn der Herr Erzpriester etwas Menschengefühl in sich hätte. In Patschkau hat der Pfarrer einen Platz übrig, denn er hat selber „Brog“ ein paar große Zimmer und die braucht dieser Nächstenliebe-Prediger doch selbstverständlich selbst. Es gibt aber immer wieder noch ein Loch, wo eine Profetenfamilie Platz hat, und ein solches ist auch dem Spolier zur Verfügung gestellt worden. Er wohnt jetzt in den „dunstigen“ Baracken. Wie wir erfahren haben, soll es sich nur um 14 Mark Miete, die Spolier im Rückstand war, gehandelt haben. Patschkauer Proletariat, nun habt ihr mit eigenen Augen gesehen, wie solche frommen Leute, wie die Weidemanns, die Nächstenliebe zum Ausdruck bringen. Wo bleiben da die sozialen Einrichtungen, von denen immer so begeistert g e s p r o c h e n wird? Nichts hat sich geändert, im Gegenteil, schlechter ist es geworden. K ä m p f unter Führung der Kommunisten für Verbesserung eurer Lage!

### Versammlungskalender

- Sonnabend 16. Juni: Hindenburg, Stragenzelle Nord, 18 Uhr, im Lokal Roth, Vortragsabend für Mitglieder und Sympathisierende. Thema: „Koalition oder Arbeiter-Regierung“.
- Sonntag, 17. Juni: Kreisconferenz Bentzen, 10 Uhr in Mieschowitz, Lokal Kaiserkrone, Hindenburgstraße.
- Kreisconferenz Reisse, 10 Uhr in Reisse, Lokal Heinrichsbrunn.

## Oppeln und Umgegend

### Der Pfarrer sah, nahm und lief weg

Am 2. am Mittwoch in den Nachmittagsstunden an einem Zeitungsstande ein feister Pfarrer vorbei und betrachtete die zur Schau gestellten Zeitungen und Zeitschriften. Und es entspann sich folgendes Gespräch:

Pfäfflein: Wo ist hier der Chef?  
 Der Zeitungsständler: Was wünscht der Herr?  
 Pfäfflein ruft sich auf und gestikuliert: Machen Sie sofort dieses Ding sein Heiß „Die Eheleser und Eheverwandenen“ ab!  
 Der Ständler fragt:  
 Des Pfäfflein: Na los, sonst komme ich mit einer ganzen Kompanie und säubere den Laden.  
 Der Ständler demtend, es mit einem geistig Armen zu tun zu haben, dreht sich um.  
 Diesen Augenblick nutzt das Pfäfflein aus, reißt die Zeitschrift herunter und haut ab.  
 Der Ständler konnte dem Eiternhinder nicht mehr seinen Dank beibringen.

### Termin gegen den Sittlichkeitsverbrecher Lehrer Chris

Am 3. Juli vormittags 9 Uhr findet die Verhandlung gegen den Lehrer Chris vor dem Schöffengericht, Zimmer 43, statt. Die Angeklagte lautet auf Sittlichkeitsverbrechen. Einige SchülerInnen werden als Zeugen zugezogen sein. Sicher wird der Termin hinter verschlossenen Türen verhandelt werden.

### Wird Oppeln die Reichswehr los?

Oppeln soll die zwei Kompagnien Infanterie verlieren. Darob hat den Patrioten großes Gejammer und Wehklagen. Die Heeresverwaltung, geirren in geschäftlichen Dingen, nutzt diese Stimmung aus, um ein Geschäft zu machen. Wenn die Stadtverwaltung, natürlich auf Kosten der Steuerzahler, bereit ist, das nötige Entgelt zu leisten, so will man eventuell zwei Kavallerieschwadronen nach Oppeln legen. Billig wird das nicht sein, denn die Ansprüche, die gestellt worden sein sollen, werden als eine einzige Unverschämtheit bezeichnet. Eine Million Mark wird nicht reichen! Zentrum und Deutschnationale stimmen dieser Verschleuderung städtischer Gelder zu. Die Kommunisten sind allein dagegen und stehen auf dem Standpunkt, daß außerpolitisch die Reichswehr ein recht teures Spielzeug darstellt und innenpolitisch sie, da sie sich in den Händen reaktionärer Offiziere befindet, eine ständige Gefahr für die arbeitende Bevölkerung bedeutet.

### Die Stadt unterhält und baut die Fischkammer aus

In zwei der Stadt gehörigen Gasthäusern, dem Pfanzgarten und im Volks, hat scheinbar nur der „Stahlhelm“ zu bestimmen und ist in diesen städtischen Lokalen zu Hause. Arbeiterorganisationen wird der Zutritt einfach verweigert, und die Wirte fühlen sich nicht mehr als Wächter städtischer Grundstücke, sondern als Quartiermeister des „Stahlhelms“. Sie erlauben sich sogar den Vertretern der Arbeiterschaft nicht nur in der freudigen Art und Weise gegenüberzutreten, sondern können selbst vor Täglichkeiten nicht zurück. Wir empfehlen daher diese beiden Fischkammerwirte den Arbeitern zur besonderen Beachtung.

Diese Tatsachen sind den städtischen Körperlichkeiten nicht nur bekannt, sondern unserer Beobachtung nach sogar da ihre Ursache. Der die Grundstücksverwaltung unter sich habende Oberstadtssekretär Tschimpe hat diese Lokale dem „Stahlhelm“ in die Hände gespielt. Er ist nicht unzufrieden mit diesen Gastwirts ein Herz und eine Seele, und man weiß als Fremder gar nicht recht, ob er nicht etwa selbst der Gastwirt ist, da er hinter der Türe so gern gesehen ist als vor ihr. Für Volksbewilligten trotzdem, aber gerade vielleicht deshalb, die bürgerlichen Stadtverordneten die Mittel, daß die Beleuchtungseinrichtung der Kammer von der Stadt vorgenommen werden soll.

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister weiß das alles, aber er schweigt dazu. Die Arbeiterschaft wird ihm die Fänge etwas lösen müssen.

### Die Jungfrau von Orleans

#### Mitwirklichkeit in den „Oppelner Nachrichten“

Das Eigentumsblatt „Oppelner Nachrichten“ ist nach dem Tode des Besitzers Pohl in die Hände seiner früheren Haushälterin übergegangen. Fr. Rosa hatte schon bei Lebzeiten die Hosen des

„Dnefs“ an, obwohl Pohl mit ihr nicht im entferntesten, außer daß sie ihm einmal einen Sohn geboren hatte, verwandt war. Sie war der Schrecken des ganzen Betriebes, vom Zeitungsträger über den Seperlehrling bis zum Chefbedienten. Nun treibt sie unumschränkt ihren Unfug als Herrscher der geerbten Druckerlei. Sobald dem Fr. Herrscher etwas nicht paßt, schmeißt sie schlantweg die Leute raus. Es hagelt in diesem sich durch die Druckerchwärze so christlich gebärdenden Betriebe nur von Rindungen und fruchtlosen Entlassungen. Vor dem Arbeitsgericht entrollte sich am Montag durch die Klagen zwei entlassener Angestellter ein interessantes Bild. Einen Angestellten, der eine von ihr verlangte unbefugte Handlung zurückwies, beschimpfte sie mit „Sie ganz gemeiner ordinärer Kommunist!“ Fr. Rosa bekam darauf „die gemeine Frau“ zu hören und glaubte ihren Kauschmüß begründen zu können. Das Gericht verurteilte Fräulein Rosa zur Zahlung von 328 Mark und 125 Mark an die beiden Angestellten. Vielleicht haut sie jetzt vor Mut den ganzen Lade zusammen. Der „Kurier“ freut sich sehr darüber. Die Arbeiterschaft beantwortet die Mitwirklichkeit in den „Oppelner Nachrichten“, indem sie sofort diese Zeitung abbestellt und die „Arbeiter-Zeitung“ bestellt.

### Vorschlagsliste zur Elternbeiratswahl der Schule II „Schulbau und Fortschritt“

1. Robert L i b o r, Tapeziermeister, Oppeln, Augustinistr. 2.
2. Frau Marie G j u r a, Hausfrau, Oppeln, Luisenstr. 12.
3. Paul B a e n s c h, Katastersekretär, Oppeln, Sedanstr. 16.
4. Paul R i n d l e r, Arbeiter, Oppeln, Krafauer Str. 8.
5. Johann G j u r a, Schaffner, Oppeln, Luisenstr. 12.
6. Oswald S c h u l z, Malermeister, Oppeln, Karlstr. 16.
7. Anna L i b o r, Hausfrau, Oppeln, Augustinistr. 2.
8. Maria G r z e s t z a, Hausfrau, Oppeln, Porschtstr. 26.
9. Josef G j i c h o s, Mechaniker, Oppeln, Kircht. 2.
10. Anna B a e n s c h, Hausfrau, Oppeln, Sedanstr. 17.
11. Johann R o d z i c, Arbeiter, Oppeln, Flurst. 18.
12. Anna J a n o c h a, Tabakarbeiterin, Oppeln, Flurst. 4.
13. Gertrud S c h u l z, Hausfrau, Oppeln, Karlstr. 16.
14. Marie G j i c h o s, Hausfrau, Oppeln, Kircht. 2.
15. Anna R o d z i c, Hausfrau, Oppeln, Flurst. 18.
16. Marie R i n d l e r, Hausfrau, Oppeln, Krafauer Str. 8.

Am Sonntag, dem 24. Juni, findet die Wahl zu den Elternbeiräten statt. Einer Liste des Zentrums in obgenannter Schule wurde obestehende Liste der Eltern, welche gegen die bisherigen schlechten Verhältnisse in den Volksschulen sind, entgegengesetzt. Die oben Angeführten werden dafür eintreten, daß nicht auf der einen Seite unserem Nachwuchs der Kopf mit faulosem und nutzlosem Zeug verfließt wird, und auf der anderen Seite Schwelmereien, wie die des Lehrers G r i s, vorkommen. Die Arbeitereltern haben die Pflicht ihren Kindern gegenüber, an der Wahl zu den Elternbeiräten sich reißlos zu beteiligen und für die Liste „Schulbau und Fortschritt“ zu stimmen.

Wie die Pferdebiebe. Zu den Elternbeiratswahlen in der Schule der Oberstraße einigten sich am letzten Sonntag alle anwesenden Eltern auf eine gemeinsame Liste. Die Liste bestand vorwiegend aus den alten Beiräten. Das schwarze Zentrum bekam plötzlich einen Nachfolger und wollte mehr erreichen wie bisher. Da dies bei einer Wahl natürlich nicht möglich wäre, kam man auf einen Gaunertrick. Kurz vor Ablauf der Eingabefrist reichten diese Komparten noch eine Liste ein und traten von der Einheitsliste zurück. Die proletarischen Eltern sind dadurch jetzt ganz ausgeschlossen, da die restlich verbliebene Liste formal nicht mehr genügt und in der Nacht schlecht eine andere Liste aufzustellen war. Eine Ausnahme ist, daß der Sozialdemokrat E r n e h a n dieser Gaunerei ebenfalls beteiligte. Er und Frau R e i c h t der Sozialdemokrat auf der Liste der Schwarzen. Die proletarischen fortschrittlichen Eltern dürfen sich auf keinen Fall damit abfinden. Genosse M u n d r a j i l, der mit in den Elternbeirat kommen sollte, wird alle Arbeitereltern in diesen Fragen unterstützen. Wir werden alle Arbeitereltern noch weiter unterrichten!

### Wasserdiebshäuf?

Uns wird mitgeteilt: „Man wundert sich oft, wie mancher Mensch so reich wird. Bei der Firma Steinigmeier Friedig gibt es zwei Luellen zum Verkauf. Erstens durch das Ausbeuten der Proleten und zweitens durch wenige Materialkosten. Auf der Baustelle Malapanzstraße, auf die Bahnhöfstraße zu, z. B. wird das zur Arbeit gebrauchte Wasser — gestohlen. Das wird folgendermaßen gehandhabt. In den Hydranten wird bei dem einen Ausgange ein

Wassermesser zum Schutze der Brachten angeschraubt, aber nicht durch diesen das Wasser gepumpt, sondern auf der anderen Seite. Beobachtet wurde dieser Vorgang mehrmals in dieser Woche. Wie lange mag dieses schon gehen? Das Wassermesser scheint das noch nicht zu wissen, denn von einer Bestrafung dieser Firma hat man noch nichts gemerkt.“

Wir fordern das Wassermesser auf, sofort eine Untersuchung einzuleiten und die Bestrafung der Schuldigen zu veranlassen!

Der neue Stadtbaurat von den städtischen Werken in Oppeln. Von der Kommission, welche sich einige um die Stelle eines Stadtbaurats bewerbende Kandidaten an Ort und Stelle ihres Wirkungskreises ansehen war, fand sich die Deutschnationalen und das Zentrum dahingehend einig geworden, den zurzeit bei der Stadt München angestellten Baurat Fritz Benkeri zu wählen. Die Wahl von Benkeri hat insofern eine Schattenseite, da er aller Voraussicht nach in Oppeln nicht lange bleiben und diese Stelle lediglich als Sprungbrett für ein weiteres Emporkommen benutzen wird. In München wurde bereits davon gesprochen, daß er erstlich in Betracht gezogen wird, als Leiter der gesamten städtischen Werke von München gewählt zu werden. Der derzeitige Leiter dieser Werke, Baudirektor Ludwig, hat Aussicht, in derselben Eigenschaft nach Berlin berufen zu werden.

Was in Oppeln alles möglich ist. Bei der städtischen Badeanstalt ist ein Mädchen mit dem Reinigen der Brausezellen und Wannenbäder beschäftigt. Es erhält dafür weder Lohn noch Gehalt, sondern ist lediglich auf Trinkgelber angewiesen. Jetzt im Sommer, wo alles ins Freie Baden geht, bedeutet das, vollkommen umsonst zu arbeiten. Da Trinkgelber überhaupt nicht als regelrechte Entschädigung für geleistete Arbeiten, dazu noch von einer Stadtverwaltung, in Frage kommen, hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion bereits beantragt, daß diesem Zustand sofort ein Ende gemacht wird und die Bezahlung nach den Bestimmungen des Tarifvertrages zu erfolgen hat.

Generalsappell der Oppelner Ortsgruppe des KZV. Sonntag vormittags 11 Uhr im alten Schützenhaus als Vorbereitung zum Untergangtreffen am 1. Juli 1928 in Oppeln. Alles hat in Uniform zu erscheinen. Die Kapelle hat die Instrumente mitzubringen. Da am 1. Juli der „Stahlhelm“ aus ganz Schlesien und Westschlesien in Oppeln aufmarschieren will, gilt es, den letzten Kameraden zu diesem Appell, bei dem nähere Instruktion erfolgen soll, auf die Beine zu bringen! — Die Ortsgruppenführung.

Erweiterte Unterbezirksleitungssitzung am 17. Juni 1928 16 Uhr im Schützenhaus. Sämtliche Funktionäre von Oppeln und Neuborf sowie der Polleiter von den weitgelegenen Ortsgruppen haben zu erscheinen. — Die Leitung.

Goslawitz. Gemeindevorstellung. Am vergangenen Sonnabend fand im Lokal Ched eine Gemeindevorstellung statt. Unter anderem wurde auch die Beratung des Gemeindevorstandes vorgenommen. Ebenso wurde der Schuletat besprochen. Zur endgültigen Festschließung soll in kurzer Zeit nochmals eine Sitzung stattfinden, da verschiedene Positionen auf Antrag unserer Genossen geändert werden müssen. Ferner wurden die Gemeindevorrechnungen geprüft und den Rechnungslegern Entlastung erteilt. Von der kommunistischen Fraktion wurde dem Gemeindevorsteher der Vorwurf gemacht, daß die Beschlässe auf Begeausbesserung nicht durchgeführt werden. Wenn hier keine Aenderung eintritt, wird die kommunistische Fraktion andere Wege einschlagen müssen, um den gefaßten Beschlässen Geltung zu verschaffen. Nach Erlebigung keiner Punkte wurde die Sitzung geschlossen. Für die nächststehende Sitzung wird die Arbeiterschaft besonders eingeladen, weil wichtige Punkte beraten werden.

### Mittelschlesien

Maltzsch. Vom Zuge überfahren. Der Fleischermeister Faulhaber aus Bisdorf wollte den Zug nach Camöse erreichen. Um den Weg nach dem Bahnhof abzukürzen, ging er an den Bahnhöfen entlang. Hierbei muß er gestolpert und auf das Gleis der Goleisenbahn aufgeschlagen sein. Man fand ihn später von dem nach dem fahrenden Zug tödlich überfahren vor.

Strehlen. Zur Elternbeiratswahl für die evangelische Schule. Und wird geschrieben: Am Tage nach der Besprechung des Elternbeiratsvorstandes konnte man im „Völkischen Volksboten“ lesen: „Zu einer Vorstandssitzung in der Kops zu Haltung der Gewerkschaften ist es nicht gekommen.“ Wie ist nun der wahre Sachverhalt. Arbeitereltern, wie von jeher, so bestehen es die Herren der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften aus hier wieder, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Die Gewerkschaften konnten keine ablehnende Stellung eingenommen haben, da diese an der Verhandlung nicht beteiligt waren, dies zunächst vorweg. Wohlwollend vermeidet der evangelische Elternbund, der mit obiger Einseitigkeit zu seiner ersten Versammlung für die Elternbeiratswahlen einlud, daß die, die die christliche Grundlage in Erbpacht genommen, den anderen:enden, für die freigeistige Weltanschauung kämpfenden Arbeitereltern überhaupt keine Vertretung zu kommen lassen wollen. Daß sich eine derartige Annahme die Arbeitereltern nicht gefallen lassen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir wissen bereits zur Genüge, daß selbst die Spitzen der „christlichen Nächstenliebe“ nicht immer wahrheitsgetreu genug geblieben sind. Dies hat übrigens anlässlich der letzten Kirchendivision das Hochwohlgeborene Oberhaupt des Kreises dem noch höher Hochwohlgeborenen Generalsimus gegenüber bewiesen, indem er meinte, den allerhöchsten Befehlshaber in einem Kreis begrüßen zu dürfen, in dem die freigeistige Weltanschauung noch nicht Platz gegriffen hätte, was dadurch bestätigt wäre, daß noch kein Kind (!) vom Religionsunterricht befreit wurde. Die freigeistigen Eltern aber sind in der Lage, Gegenbeweis anzutreten. Nun, Arbeitereltern, ist es Zeit, sich zu sammeln und alle Kräfte für den Sieg der Liste „Schulfortschritt“ einzusetzen.

Brieg. „Wer wirft den ersten Stein?“ Dieses soziale Drama spielte der hiesige Arbeiter-Theaterverein am Sonnabend zum zweiten Male. Jedem Arbeiter könnte der Besuch dieses aufklärenden Stückes nur wärmstens empfohlen werden. Besonders hervorzuheben ist die Technik des Spieles, ebenso die geschickte Verteilung der Rollen. Alles in allem war die Aufführung der Rollen ein Erfolg für den Arbeiter-Theaterverein. Um so unbegreiflicher ist das Verhalten des Vorsitzenden des Arbeiter-Kassabvereins. Der Theaterverein schied an diesen wie an jeden anderen Arbeiterverein ein Rundschreiben, in dem zum Besuch dieser Vorstellung aufgefordert wurde. Was tut der SPD-Vorsitzende Sie g u n d? Als er in der Versammlung das Rundschreiben verlas, hielt er es nicht für nötig, die Einladung des Theatervereins bekanntzugeben. Als daran erinnert wurde, leugnete er den Empfang ab. Hierauf entwidete sich eine Debatte, in der der Sozialdemokrat S c h n e i d e r einige dumme Zwischenrufe gegen drei Genossen, die im Stück mitwirkten, machte. Die ganze Frechheit der SPDisten zeigte sich am anderen Tage. Als der Genosse, der dem Vorsitzenden die Einladung brachte, diesen zur Rede stellte, „erinnerte“ sich dieser plötzlich wieder daran. Also nur S a b o t a g e. Wirklich echt sozialdemokratisch!

Ausflug. Der Arbeiter Mojs K i e t s c h e l, Neubauerstraße 30, wurde wegen Unterschlagung von Beitragsgeldern aus dem KZV ausgeschlossen.